

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Mittelbadischer Courier. 1896-1936 1934

26 (31.1.1934)

Mittelbadischer Kurier

Ettlinger Tagblatt mit den neuesten Handels-Nachrichten für Stadt und Bezirk Ettlingen

Verlag: Buch- und Steinruderei R. Barth-Ettlingen, Kronenstraße 26, Fernruf 78. — Postfachkonto 1181 Karlsruhe. Hauptgeschäftsführer: R. Barth-Ettlingen, verantwortlich für Politik und Redaktion: C. Pabel-Rastatt, für Lokales und Inserate: R. Barth. — Druck: R. & S. Greiser, GmbH, Rastatt, Kaiserstr. 40/42. — Anzeigenannahmeschluss 9 Uhr, dringende 10 Uhr.

Bezugspreis: Durch die Post monatlich 1,50 RM.; zuzüglich Postgebühren oder durch Träger frei Haus pro Monat 1,50 RM.; Einzelnummer 10 Reichspfennig. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keinen Anspruch auf Entschädigung bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen können nur bis 25. des Monats auf den Monatsheften angenommen werden.

Anzeigenpreis: Die einseitige 46 Millimeter breite Millimeterzeile 5 Reichspfennig; Reklameanzeigen Millimeter 15 Reichspfennig. — Beilagen: Das Laufen 10 Reichsmark. Bei Wiederholung Rabatt, der bei Nichterhaltung des Zieles, bei gerichtlicher Beitreibung und Konturgen wegfällt. — Für Platzvorschrift und Tag der Aufnahme wird keine Garantie übernommen. D. A. 1820. XII.

Nummer 26

Mittwoch, den 31. Januar 1934

Jahrgang 17

Rechenschaftsbericht des Führers

Erklärungen des Kanzlers zur Innen- und Außenpolitik — Ein Appell an Frankreich und das übrige Ausland — Neues Gesetz zur Untermauerung der Reichsgewalt

Berlin, 31. Januar. In der gestrigen Reichstagsitzung zog der Führer in etwa zweistündiger Rede Bilanz über das vergangene Jahr.

Nach einleitenden Worten von besonderer Einprägbarkeit und geschichtlicher Größe schilderte der Kanzler die seit zehn Jahren bestehenden Spannungen, die die ganze Welt erfüllen und noch erfüllen. Während noch die bürgerliche Welt von der Wirtschaft als der alleinigen Herrin und Regentin aller Lebensvorgänge träumte, suchte der im tiefsten seines Wesens nicht mehr bedrängte Mensch nach einer besseren Dingenwelt seines Lebens und begann so das Zeitalter höchster bürgerlicher Wohlfahrt und Behaglichkeit mit heftigen weltanschaulichen Kämpfen zu erfüllen. Es konnte nur eine Frage der Zeit sein, wann endlich die rücksichtslos vorrückende Lehre der marxistischen Gleichheitsidee die letzten bürgerlichen Bollwerke der Politik und der Wirtschaft überrennen würde. Auch ohne den Weltkrieg wäre diese Entwicklung eingetreten. Er hat aber ohne Zweifel den Ablauf der Ereignisse wesentlich beschleunigt. Die Verdrängung zweier Erscheinungen ist wichtig für das Verständnis der Vorgänge dieses Jahres in Deutschland: 1. untergräbt der furchtbare Krieg die Festigkeit der Autorität der Führung des damaligen Reiches und führt endlich zum Zusammenbruch nicht nur nach innen, sondern auch nach außen. 2. vernichtet das Diktat von Versailles die Unabhängigkeit und Freiheit des Reiches nach außen durch die Auflösung und Zerstückelung jeder Widerstandskraft und Widerstandsfähigkeit. Das Ergebnis ist jene endlose Folge politischer und wirtschaftlicher Ernüchterungen. Die Lage, die sich daraus ergab, schilderte der Reichskanzler im Einzelnen.

Innenpolitisch:

Die zahlenmäßige und sachlich gegebene Schwäche des neuen Regiments führte zu jener einzigartigen Verbindung zwischen marxistischen Theoretikern und kapitalistischen Praktikern, die zwangsläufig in der Folge sowohl dem politischen als auch dem wirtschaftlichen Leben die weisens-energiehaften Charakteristika dieser seltenen torpenten Mesalliance aufbrachte. Über das Zentrum hinweg verbindet sich die mehr oder weniger nationalverbundene bürgerliche Demokratie mit dem unverhüllten marxistischen Internationalismus und folgt nun jenen parlamentarischen Regierungen, die in immer kürzeren Zeiträumen einander ablöschen das erstarre wirtschaftliche und politische Kapital der Nation verkaufen und verpacken. 14 Jahre lang erleidet Deutschland damit einen Zerfall, der geschichtlich seinesgleichen sucht. Es tritt eine Umkehrung aller Begriffe ein. Der Held wird verachtet und der Feigling geehrt. Der Ankündiger hat nur noch Spott zu erwarten, der Verkommene aber wird gepriesen. Die geschichtliche Vergangenheit wird genau so insam behandelt, wie die geschichtliche Zukunft unbekümmert abgelehnt. Und während die Millionenmasse mittlerer und höherer Existenzen dem bewußt geförderten Ruin verfallt, hilft ein antimäßig dummgewordenes Bürgertum in eitrigem Handlangerdienste mit, den allerletzten Einklang vorzubereiten. Aus dem allgemeinen Zerfall aller Grundanschaffungen über die wesentlichen Gemeinschaftsverträge ergab sich ein Sinken des Vertrauens und damit aber auch zwangsläufig des Glaubens an eine noch mögliche bessere Zukunft.

Es ist ein einzigartiges und ... leibendes Verdienst, wenn der wirtschaftliche Zerfall mit seiner grauenhaften Verleumdung der Massen nicht fortfolgend ein weiterer Antrieb für die Beschleunigung der politischen Katastrophen wurde, sondern vielmehr zu einer Sammlung der bewußten Kämpfer für eine neue aufbauende und damit wahrhaft positive Weltanschauung führte.

Seit dem Jahre 1930 konnte es daher nur mehr ein Entweder — Oder geben: Entweder der Sieg fiel in logischer Fortsetzung der angebahnten Entwicklung dem Kommunismus zu, oder es gelang dem Nationalsozialismus noch in letzter Stunde, seinen internationalen Gegner zu bezwingen. Es bewies nur die Verdrängungslosigkeit der bürgerlichen Welt für das Wesen dieses Kampfes, daß sie noch bis vor zwölf Monaten in Deutschland ernstlich glaubte, aus diesem vom äußersten Vernichtungswillen erfüllten Ringen zweier Weltanschauungen miteinander am Ende selbst als stiller Neutraler Neuzug hervorgehen zu können. Aus den Kämpfen aber erwuchs die unerlöschliche Garde der nationalsozialistischen Revolution, die Millionenheer der politischen Organisation der Partei die SA und SS. Ihnen allen verdankt das deutsche Volk seine Befreiung aus einem Wahnsinn, der, wäre ihm der Sieg gefallen, nicht nur sieben Millionen in der Erwerbslosigkeit erhalten, sondern bald 20 Millionen dem Verhungern ausgeliefert hätte.

Außenpolitisch:

Als das deutsche Volk im November 1918 ergriffen und befangen von den ihm gegebenen Zusicherungen des Präsidenten Wilson im Vertrag von Compiègne die Waffen senkte, lebte es genau so wie heute noch in der inneren, durch nichts zu erschütternden Überzeugung.

Daß es am Ausbruch dieses Krieges schuldlos war. Auch die schwachen Menschen gegen ihr eigenes besseres Wissen abgeprekte Unterschrift zu einem behaupteten deutschen Schuldbekenntnis ändert nichts an dieser Tatsache. Würde nicht der Haß die Vernunft betäubt haben, so hätte das zurückliegende grauenhafte Erleben für alle eine heilsame Lehre sein müssen, in der Zukunft durch eine bessere gemeinsame Zusammenarbeit eine Wiederholung von Lehnlichem zu verhindern. Und dann allein wären am Ende die ungemessenen Opfer dieses furchtbaren Krieges aller Zeiten wenigstens für spätere Geschlechter noch von Segen gewesen.

Der Friedensvertrag von Versailles hat diese Hoffnungen gründlich und brutal zerstört. Die wahnwitzigen politischen und wirtschaftlichen Launen dieses Vertrages haben das Vertrauen des deutschen Volkes in jede internationale Gerechtigkeit dieser Welt gründlich zerstört. (Stürmischer Beifall.) Bei vielen Millionen anderer Menschen wurden aber dadurch zwangsläufig Gefühle des Hasses gegen eine Weltordnung überhaupt geschürt, in der die dauernde Diffamierung eines großen Volkes einfach deshalb möglich sein soll, weil es einmal das Unglück hatte, in einem ihm aufgezwungenen Krieg nach heroischem Widerstand zu unterliegen. Ohne weiteres erkannten die Drahtzieher der kommunistischen Revolution die unerhörten Möglichkeiten, die sich aus diesem Vertrag und seinen praktischen Auswirkungen für die Revolutionierung des deutschen Volkes ergaben.

Die Welt aber schien nicht zu bemerken, daß, während sie verblendet auf der buchstabenmäßigen Erfüllung unbegreiflicher, ja geradezu toller Unmöglichkeitlichkeiten bestand, sich in Deutschland eine Entwicklung vollzog, die als Auftakt zur kommunistischen Weltrevolution den sogenannten Siegermächten in kurzer Zeit an Stelle eines nährbringenden Vertragsflusses einen pestifranken Bazillenträger vorkellen mußte. (Beifall.)

So hat die nationalsozialistische Bewegung nicht nur gegenüber dem deutschen Volk, sondern auch gegenüber der europäischen und ankeruropäischen Umwelt sich ein Verdienst erworben, indem sie durch ihren Sieg eine Entwicklung verhinderte, die den letzten Hoffnungen auf eine Heilung der Leiden unserer Zeit ansonsten endgültig den Todesstoß gegeben haben würde.

Das Wollen des Nationalsozialismus

Angehts dieser Tatsache eines drohenden völligen Zusammenbruchs ergaben sich von selbst

Aufgaben von einer wahrhaft geschichtlichen Größe.

Der vom Zerfall bedrohte Volkskörper mußte durch einen neuen Gesellschaftsvertrag die Voraussetzung zur Bildung einer neuen Gemeinschaft erhalten. Die Grundthesen dieses Vertrages aber konnten nur gefunden werden in jenen ewigen Gesetzen, die dem aufbauenden Leben zugrunde liegen. In klarer Eindringlichkeit mußte man über alles Nebenachtliche die Bedeutung der völkischen Substanz an sich und ihrer Erhaltung stellen. Der Wille der Erhaltung dieser Substanz aber muß jenen geeigneten Ausdruck finden, der als Volkswille fähig und lebendig in Erscheinung tritt und praktisch auch wirksam wird. Der Begriff der Demokratie erfährt damit eine eingehende Prüfung und Klärung, denn die neue Staatsführung ist ja nur ein besserer Ausdruck des Volkswillens gegenüber dem der überlebten parlamentarischen Demokratie. Politische, kulturelle und wirtschaftliche Aufgaben sind damit nur von einem Standpunkt aus zu sehen, nach einheitlichen Gesichtspunkten zu behandeln und zu lösen. Dann wird dieser völkische Gedanke nicht nur zur Überbrückung aller bisherigen Klassengegensätze führen, sondern auch zu einer grundsätzlichen Klärung der Einstellung zu den außenpolitischen Problemen.

Der nationalsozialistische Rassenbegriff und die ihm zu Grunde liegende Rassenenerkenntnis führt nicht zu einer Geringschätzung oder Minderbewertung anderer Völker, sondern vielmehr zur Erkenntnis der gestellten Aufgabe einer allein zweckmäßigen Lebensgestaltung und Lebensforterhaltung des eigenen Volkes. (Beifall.)

Er führt damit zwangsläufig zu einer natürlichen Respektierung des Lebens und des Wesens anderer Völker. Er erlöst damit die außenpolitischen Handlungen von jenen Versuchen, fremde Menschen zu unterwerfen, um sie regieren zu können oder um sie gar als eine reine Zahlenmasse durch sprachlichen Zwang dem eigenen Volke einzuverleiben. Dieser neue Gedanke verpflichtet zu einer ebenso großen und fanatischen Hingabe an das Leben und damit an die Ehre und Freiheit des eigenen Volkes wie zur Achtung der Ehre und Freiheit anderer.

Dieser Gedanke kann daher eine wesentlich bessere Basis abgeben für das Streben nach einer wahren Befriedung der Welt, als die rein machtmäßig ge-

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Gesetz für die Reichsreform

Berlin, 31. Jan. In eindrucksvoller Sitzung, über deren Verlauf wir auf Seite 3 näher berichten, hat gestern der Reichstag folgendes Gesetz beschlossen:

Die Volksabstimmung und die Reichstagswahl vom 12. November 1933 haben bewiesen, daß das deutsche Volk über alle innenpolitischen Grenzen und Gegenläufe hinweg zu einer unzlöschlichen inneren Einheit verichmolzen ist.

Der Reichstag hat daher einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das mit einmütiger Zustimmung des Reichsrates hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind.

Artikel I

Die Volksvertretungen der Länder werden aufgehoben.

Artikel II

(1) Die Hoheitsrechte der Länder gehen auf das Reich über.
(2) Die Landesregierungen unterstehen der Reichsregierung.

Artikel III

Die Reichskanzler unterstehen der Dienstaufsicht des Reichsministers des Innern.

Artikel IV

Die Reichsregierung kann neues Verfassungsrecht in Kraft setzen.

Artikel V

Der Reichsminister des Innern erläßt die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften.

Artikel VI

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Der gesamte Gesetzentwurf wurde in einem, gegenüber bisher viel kürzeren und viel Heiterkeit erregenden Verfahren erledigt, d. h. in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

Nachdem Präsident Göring noch ein dreifaches Sieg-Heil auf den Führer ausgebracht hatte, wurde die Sitzung geschlossen.

Das Gesetz über die Reichsreform wurde auch in der anschließend stattfindenden Reichsratsitzung ohne Widerspruch und Debatte einstimmig angenommen.

Die Bedeutung des Gesetzes über die Reichsreform

Das Gesetz über die Reichsreform gibt der Reichsregierung die Möglichkeit, eine neue Reichsverfassung zu schaffen und im Rahmen dieser Reichsverfassung einen völligen Neuaufbau des Reiches vorzunehmen. Die Machtbefugnisse der Reichsregierung sind dadurch fast unbeschränkt.

Der Artikel 1: „Die Volksvertretungen der Länder werden aufgelöst“ bekräftigt einen bereits seit dem 14. Oktober bestehenden Zustand.

Der Artikel 2 hebt die Hoheit der Länder auf und befähigt damit praktisch ebenfalls auch die Staatsamtsbehörden. Allerdings bedarf es zur Einführung einer deutlichen Reichsangehörigkeit naturgemäß einer besonderen Anordnung. Er unterstellt ferner die Landesregierungen der Reichsregierung und macht sie sozusagen zu Verwaltungsabteilungen derselben, da nunmehr die Reichsregierung nicht nur zu erlassen braucht, sondern an die Länder bindende Anordnungen geben kann.

Der Artikel 3, der die Reichskanzler der Dienstaufsicht des Reichsministers des Innern unterstellt, führt diese in Artikel 2 geschaffene Zentralgewalt noch weiter.

Der Artikel 4 gibt der Reichsregierung die Möglichkeit zur Schaffung einer neuen Reichsverfassung und damit freie Hand für einen Umbau des Reiches in jedem gewünschten Ausmaß.

Die Rede des Führers

(Fortsetzung von Seite 1.)

dasche und vorgenommene Sortierung der Nationen in Sieger und Besiegte, in Berechtigte und rechtslos Unterworfenen.

Aus einer solchen inneren Revolutionierung des Denkens des Volkes kann aber auch auf der einen Seite die autoritäre Sicherheit und das instinktmäßige Vertrauen kommen als Grundlage zur Behebung der wirtschaftlichen Not. Und wir sind entschlossen, vor der Lösung dieser Aufgabe nicht zurückzuweichen, sondern sie anzufassen.

Der Reichskanzler erinnerte dann daran, wie er am 30. Januar vor einem Jahre, vom Generalfeldmarschall und Reichspräsidenten von Hindenburg mit der Bildung und Führung der Reichsregierung beauftragt, mit nur zwei Ministern in einem ihm persönlich und der Bewegung zunächst streng gegenüberstehenden Kabinett vor die Nation trat, sich aber nur immer als Vertreter und Kämpfer seines Volkes gefühlt habe.

Ich habe auch niemals in der reinen äußeren Macht einen irgendwie möglichen Ersatz für das Vertrauen der Nation gesehen, sondern mich redlich bemüht, die in der Macht liegende Autorität in die Stärke des Vertrauens zu verwandeln.

Ich darf daher mit Stolz bekennen, daß, so wie die Nationalsozialistische Partei ausschließlich ihre Wurzeln im Volke hatte, wir auch als Regierung niemals anders dach-

ten, als mit dem Volk und für das Volk (lebhafter Beifall und Bravorufe!) Wenn ich in 14 langen Jahren des Kampfes um die Macht immer wieder die kompromißlose Vernichtung der bürgerlichen und marxistischen Parteienwelt als notwendig für den deutschen Wiederaufstieg proklamiert habe, so erschien diese Zielsetzung nicht nur der großen Mehrheit meiner politischen Gegner als die Ausgeburt eines wahnsinnigen Phantasten. Männer des Deutschen Reichstags! Ueber 70 Jahre lang haben diese Parteien am deutschen Volkskörper gelebt und schienen unsterblich zu sein. Ja, ihre Bedeutung wuchs dauernd! 70 Jahre lang haben sie ihre Bedeutung im Staate steigend gehoben und endlich die Macht als das ausschließliche Objekt ihres Wollens und ihrer Interessen untereinander ein- und ausgetauscht. Dieser Sinn aber hat das Reich zum Hütel ihrer Interessen erniedrigt. Und als das deutsche Volk endlich dem trostlosen Gland, ja der Vernichtung, entgegenging, erhoben sich die Parteien noch mehr zu einer wahren Tyrannei des öffentlichen Lebens. Nun, meine Herren des Deutschen Reichstags, in einem Jahr der nationalsozialistischen Revolution haben wir die Parteien gekürzt. Wir haben sie beseitigt und ausgelöscht aus unserem deutschen Volk (stürmischer Beifall, Bravorufe, Händeklatschen). Siegreich hat sich in diesem Jahre über den Trümmern dieser veruntenen Welt erhoben die Kraft des Lebens unseres Volkes (erneut stürmischer Beifall).

Abrechnung mit der Reaktion

Die Monarchie steht nicht zur Debatte

Was sind die deutschen geschehenerischen Maßnahmen von Jahrzehnten gegenüber der jetzigen Tatsache? Man hat früher neue Regierungen gebildet, seit einem Jahr aber schmieden wir an einem neuen Volk. (Inbelsnder Beifall.) Und wir, die wir die Erscheinungen der politischen Zerlegung unseres Volkes überwunden haben, nahmen schon in diesem Jahr den Kampf auf gegen die Erscheinungen des wirtschaftlichen Zerfalls.

Der Führer sprach dann im einzelnen über die nun im großen abgeschlossene Gesetzgebung zur Niederlegung der Grundzüge eines Zustandes, in dem anstelle des Faustrechtes des wirtschaftlich Stärkeren die höheren Interessen der Gemeinschaft aller schaffenden Menschen ausschlaggebend treten werden. Dieses gewaltige Werk der Ueberwindung der politischen und wirtschaftlichen Klassenkampforganisation hat keineswegs seinen inneren Abschluß gefunden, sondern dürfte die lebendigen Aufgaben genau so erfüllen, wie in den zwölf Monaten hinter uns. Nicht weniger einschneidend ist die Gestaltung des neuen Staates mit den beiden

Christlichen Konfessionen.

Erfüllt von dem Wunsche, die in den beiden christlichen Konfessionen verankerten großen, religiösen, moralischen und sittlichen Werte dem deutschen Volke zu sichern, haben wir die politischen Organisationen beseitigt, die religiösen Institutionen aber gestärkt. Wir alle leben dabei in der Erwartung, daß der Zusammenhluß der evangelischen Landeskirchen und Bekenntnisse zu einer deutschen evangelischen Reichskirche den Seelen jener eine wirkliche Befriedigung geben möge, die in der Verfahrenheit des evangelischen Lebens eine Schwächung der Kraft des evangelischen Glaubens an sich befürchten zu müssen glauben.

In dem so der nationalsozialistische Staat in diesem Jahre der Stärke den christlichen Bekenntnissen keine Achtung erwiesen hat, erwartet er dieselbe Achtung der Bekenntnisse vor der Stärke des nationalsozialistischen Staates!

(Inbelsnder, sich immer wiederholender Beifall.)

Die Nationalsozialistische Partei hat ferner von allem Anfang an nur die Bedingungen anerkannt, die sich sachlich ableiten, aus den Lebensverhältnissen des deutschen Volkes ableiten. Sie kann daher heute

unter keinen Umständen vergangene dynastische Interessen und die Ergebnisse der Politik dieser Interessen als für alle Zukunft zu respektierende Verpflichtungen des deutschen Volkes und seiner Organisationen des staatlichen Lebens anerkennen.

Die deutschen Stämme sind gottgewollte Bausteine unseres Volkes. Die politischen Gebilde der Einzelstaaten aber sind Ergebnisse eines zum Teil guten, zum Teil sehr schlechten Handelns von Menschen vergangener Zeiten. Sie sind Menschenwerk und daher vergänglich, auch wenn sich die Hausmachtspolitik schlummernder Stammeigenschaften besann, hat sie damit die Stämme nahezu immer, im großen gesehen, zu einer entwürdigenden Bedeutungslosigkeit verdammt. Der Nationalsozialismus stellt diesen Prinzipien einer nur fürstlichen Hausmachtspolitik gegenüber

das Prinzip der Erhaltung des deutschen Volkes an.

Ich möchte daher an dieser Stelle Protest einlegen gegen die jetzt erneut vertretene These, daß Deutschland nur wieder glücklich sein könne unter seinen angestammten Bundesfürsten. (Stürmischer sich wiederholender Beifall.) Nein! Ein Volk und wir und in einem Reiche wollen wir leben!

Wir haben daher in diesem Jahre bewußt die Autorität des Reiches und die Autorität der Regierung jenen gegenüber durchgesetzt, die als schwächliche Nachfahren und Erben der Politik der Vergangenheit glaubten, auch dem nationalsozialistischen Staat ihren traditionellen Widerstand ansagen zu können (Beifall und Bravorufe).

Bei aller Würdigung der Werte der Monarchie, bei aller Ehrerbietung vor den wirklich großen Kaisern und Königen unserer deutschen Geschichte, steht die Frage der endgültigen Gestaltung der Staatsform des Deutschen Reiches heute außer jeder Diskussion.

Wie immer auch die Nation und ihre Führer bereinst die Entscheidung treffen mögen, eines sollen sie nie vergessen: **Der Deutschlands letzte Spitze verlor, erhält seine Vererbung durch das deutsche Volk und ist ihm allein ausschließlich verpflichtet!**

(Stürmischer, jubelnder Beifall.) Ich selbst fühle mich nur als Beauftragter der Nation zur Durchführung jener Reformen, die es ihm einst ermöglichen werden, die letzte Entscheidung über die endgültige Verfassung des Reiches zu treffen.

Der Führer gab dann einen Ueberblick über die bisher geleistete und in Angriff genommene

Reform- und Aufbauarbeit

auf allen Gebieten. In einem Viertel der Zeit, die ich mir vor der März-Wahl ausbedungen hatte, ist ein Drittel der Erwerbslosen wieder in eine nützliche Tätigkeit zurückgeführt worden.

Der Umfang des wirtschaftlichen Wiederaufbaus ergibt sich am eindeutigsten durch die gewaltige Verminderung unserer Arbeitslosenzahl und durch die nunmehr statisch feststehende, nicht minder bedeutungsvolle Erhöhung des gesamten Volkseinkommens.

Daß unsere Tätigkeit trotzdem von zahllosen Feinden angegriffen wurde, ist selbstverständlich. Wir haben diese Belastung ertragen und werden sie auch in Zukunft zu ertragen wissen. Wenn verkommene Emigranten gegen Deutschland mit echter Spitzbübenwandtheit und Verbrechergewissenlosigkeit eine leichtgläubige Welt zu mobilisieren versuchen, so werden deren Lügen umso kürzere Beine haben, als jederzeit aus den übrigen Ländern Gebildete aus dem Ausland kommen und mit eigenen Augen die tatsächliche Wirklichkeit sehen können. Auch ein Teil unseres bürgerlichen Intellektualismus glaubt sich mit den harten Tatsachen nicht abfinden zu können.

Allein es ist wirklich nützlich, diese wurzellose Geißelhaftigkeit als Feind zu befehen, denn als Anhänger.

(Lachen und Beifall.) Zu diesen Feinden des neuen Regiments rechne ich auch die Clique jener unverbesserlichen Rückwärtschauer, in deren Augen die Völker nicht anders sind als besitzlose Faktoreien, die nur auf einen Herrn warten, um unter Gottes gnädiger Führung nach die einzig mögliche innere Befriedigung zu finden. Und endlich rechne ich dazu noch jene Gruppen völkischer Ideologen, das glaubt, die Nation wäre nur dann glücklich zu machen, wenn sie die Erfahrungen und die Ergebnisse einer 2000-jährigen Geschichte vertilgt, um im vermeintlichen Bärenfell auf neue ihre Wanderung anzutreten. Alle diese Gegner zusammen umfassen in Deutschland ziffernmäßig noch keine 2½ Millionen gegenüber mehr als 40 Millionen, die sich zu dem neuen Staat und seinem Regiment bekennen. Gefährlicher als diese sind aber zwei Kategorien von Menschen, in denen wir eine wirkliche Bedrohung des heutigen und künftigen Reiches erblicken müssen.

1. Jene politischen Wandervogel, die stets dort auftauchen, wo zur Sommerzeit gerade geerntet wird

(Heiterkeit.) Charakteristisch schwache Subjekte, die sich als wahre Konjunkturfanatiker auf jede erfolgreiche Bewegung stützen und durch überlautes Geschrei und 100prozentiges Betragen die Frage nach ihrer früheren Herkunft und Tätigkeit vor sich herein zu verhindern oder zu beantworten trachten. Von diesen aufdringlichen Parasiten den Staat und die Partei zu säubern, wird besonders für die Zukunft eine wichtige Aufgabe sein. (Inbelsnde Zustimmung.) Dann werden auch viele innerlich ankündiae Menschen, die aus oft verständlichen, ja zwingenden Gründen früher nicht zur Bewegung kommen konnten, den Weg zu ihr finden, ohne befürchten zu müssen, mit solchen obskuren Elementen vermischt zu werden. (Bravo, Händeklatschen.) Und eine weitere schwere Belastung ist das Her jeener, die aus Erbsveranlagung von vornherein auf der negativen Seite des völkischen Lebens geboren wurden. Hier wird der Staat zu wahrhaft revolutionären Maßnahmen greifen müssen. Wenn dabei besonders von konfessionellen Seiten Bedenken vorgebracht werden und gegen diese Gesetzgebung opponiert wird, so habe ich darauf folgendes zu antworten:

Es wäre zweckmäßiger, auch richtiger und vor allem christlicher gewesen, in den vergangenen Jahrzehnten nicht zu denen zu halten, die das gesunde Leben bewahrt vernichteten, statt gegen jene zu wehren, die nichts anderes wollten als das Kranke vermeiden. (Inbelsnder Beifall.) Wenn sich die Kirchen bereit erklären sollten, die Erbkranken in ihre Pflege und Ob- sorge zu nehmen, sind wir gern bereit, auf ihre Unfruchtbarmachung Verzicht zu leisten.

Solange aber der Staat dazu verdammt ist, hierfür von seinen Bürgern jährlich stehende Millionenbeträge aufzubringen — die heute bereits die Summe von 350 Millionen insgesamt jährlich überschreiten — dann ist er gezwungen, Abhilfe zu schaffen.

(Fortsetzung auf Seite 3.)



Testament Goldermann

Kriminalroman von Werner Markus

„Wer sind Se?“ brüllte dieser, halb wütend und halb ängstlich über den Vagabund, der da vor ihm in dem Loch kauerte.

„Wo sind die beiden?“ fragte Jimmy Braun schnell. „Sie, Braun?“ rief der verdutzte Bullnick, der jetzt den Defektiv an der Stimme erkannte.

„In höchst eigener Person. Wo sind die beiden?“ „Naus — will mal auf der Straße sehen.“ Bullnick verschwand, und Jimmy Braun kroch indessen ins Zimmer und verschloß die Bodenklappe lautlos. Da sah er unter dem Sofa etwas Weißes liegen. Er bückte sich und hob es auf. „Ah, ein Taschentuch, sehr liebenswürdig.“ Dann steckte er es schmunzelnd ein.

In diesem Moment erschien der dicke Bauch Bullnicks mit der schmierigen Schürze zwischen dem Vorhang. „Se stehen etwa hundert Schritt weiter unter 'ner Vogenlampe“, flüsterte er. „Gut. Schnell eine Zigarre und einen biden Schnaps, Bullnick.“

„Seit wann trinken Se denn Schnaps, Braun?“ „Seit jetzt, notgedrungen“, versetzte der Defektiv. Vorsichtig spähte er durch den Vorhang und musterte mit zufriedener Miene die Gäste im vorderen Raum.

Dann flüchte er wie ein Biesel um das Büfett herum, stellte sich davor auf und goß eilig seinen großen Schnaps hinter die Binde. Dann war er draußen.

Es war ein Glück für Braun, daß um diese Stunde, die Uhr zeigte auf zwölf, die Gäste im Vorraum des „China-Franze“ alle mehr oder weniger besoffen waren. So hatten sie den Vagabunden, der da so plötzlich vor dem Büfett gestanden hatte, gar nicht bemerkt. Es konnte immerhin möglich sein, daß die Schauspielerin außer Keile noch weitere Helfer hatte, die unliebsame Verfolger von ihr fernhielten.

So aber gelangte Jimmy Braun unbemerkt auf die Straße, wo er sich nach links und rechts umschaute. Da sah er die Schauspielerin mit ihrem Begleiter unter der Vogenlampe stehen, etwa hundert Schritte weiter, wie Bullnick ihm bereits gesagt hatte. Sie befanden sich scheinbar noch immer in angeregter Unterhaltung.

In torfelndem Schritt nahm Jimmy Braun Richtung auf die Vogenlampe, die gekaufte Zigarre noch unangezündet in der Hand. Trotzdem er bis zur Vogenlampe keine weiteren Menschen auf der Straße erblickte, schrie er fortwährend in der Art eines Betrunknen nach Feuer, immer Richtung auf die Vogenlampe haltend.

Er hatte noch etwa dreißig Schritt zu gehen oder vielmehr zu torkeln, als plötzlich ein Mann, in der Kleidung eines Arbeiters, aus einem Hause trat, ihn bemerkte und ihm bereitwillig Feuer anbot.

Jimmy Braun war etwas verblüfft. Wohl oder übel mußte er jedoch das Anerbieten annehmen und setzte die Zigarre in Brand. Dann torfelte er langsam weiter. Er war wütend. Er hätte diesen Arbeiter, der sich inzwischen lächelnd entfernt hatte, ohrfeigen mögen wegen seiner Höflichkeit. Konnte dieser Dämelaß denn nicht begreifen, daß er ausgerechnet von dem Kerl unter der Vogenlampe, der sich Peter Keile nannte, Feuer zu erhalten wünschte!

Was nun? Braun schwankte weiter und brummte unverständlich Worte vor sich hin. Dann stolperte er absichtlich über seine eigenen Beine, um mit möglichst natürlichem Fall in der Gasse zu landen. Hierbei drückte er unauffällig die Glut seiner Zigarre aus.

Die Schauspielerin und Peter Keile, die noch immer unter der Vogenlampe standen, waren aufmerksam ge-

worden. Keile schüttelte sich vor Lachen über den Betrunknen, der in der Gasse lag.

Braun rappelte sich wieder hoch und beklagte sich laut, daß seine Zigarre ausgegangen sei.

„Kommt her, altes Sumpshuhn!“, polterte Keile, noch immer lachend.

Jimmy Braun setzte das blödeste Gesicht auf, dessen er fähig war, als ob er die beiden erst jetzt bemerkte.

Keile zog sein Feuerzeug aus der Tasche und hielt es Braun hin. „Pstui Deibel, was der Kerl nach Schnaps duftet“, meinte er naserümpfend zu der Schauspielerin.

Während Braun seine Zigarre anbrannte, blinzelte er unter den Augenbrauen hervor und betrachtete im Schein des Feuerzeugs vertohlen das Gesicht seines Gegenübers. Eine breite rote Narbe, die vom Ohr bis zum Mundwinkel reichte, glänzte auf der linken Wacke.

Jimmy Braun hatte seine Zigarre angebrannt. Dann tippte er mit dem Zeigefinger an den Rand seines durchlöcheren Hutes und brummte hinter verschlossenen Lippen ein paar unverständliche Worte. Dies schien ihm die richtige Dankesbezeugung eines Betrunknen zu sein.

Weiter torfelnd, sumimte er eine unbestimmte Melodie, große Rauchwolken in die kalte Nachtlust passend. Dann bog er um die nächste Straßenecke.

Hier straffte sich seine Gestalt. Er beschleunigte seine Schritte, jedoch immer Rückschau haltend, ob ihm auch feiner folge.

Bald gelangte er in seiner, in der Nähe gelegenen Wohnung an und verbandelte sich schnell aus dem Vagabunden in den Privatmann Jimmy Braun.

Dann trat er zu seinem Schreibtisch, öffnete eine Schublade und entnahm ihr ein Album, das er eifrig durchblätterte. Es war sein Verbrechenalbum, das er sich im Laufe der Jahre angelegt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Jeder neu hinzureisende Bezieher bekommt den Anfang des Romanes auf Wunsch kostenlos nachgeliefert

Außenpolitische Bilanz

Die weiteren Ausführungen des Reichskanzlers galten Fragen der Außenpolitik.

Als ich am 30. Januar von dem Reichspräsidenten mit der Führung der neuen Regierung betraut wurde, bewegte mich und mit mir nicht nur die Mitglieder des Kabinetts, sondern das ganze deutsche Volk das einzig brennendste Gebet, der allmächtige Gott möge es uns geben, dem deutschen Volke die Ehre und Gleichberechtigung vor der Welt wieder zu erringen.

Als aufrichtige Anhänger einer wirklichen Politik der Versöhnung glauben wir dadurch am besten beitragen zu können zu einem wahrhaften Frieden der Völker. Diese Gedanken haben wir zum Prinzip unseres ganzen außenpolitischen Handelns gemacht. Es ist eines der schlimmsten Ergebnisse des Friedensvertrages von Versailles durch die Verewigung des Begriffes von Siegern und Besiegten zwangsläufig auch die Gefahr einer Verewigung des Gedankens herbeigeführt zu haben, daß Meinungsunterschiede und Interessengegenstände im Völkerleben vom schwächeren Teil entweder überhaupt nicht geäußert werden dürfen oder vom Stärkeren mit der Gewalt der Waffe zu beantworten seien. Indem die neue deutsche Regierung entschlossen war, den Kampf für die deutsche Gleichberechtigung aufzunehmen, war sie überzeugt, damit erst recht einen Beitrag zur Gesundung der weltwirtschaftlichen Beziehungen zu liefern. Grundsätzlich geht die deutsche Regierung von dem Gedanken aus, daß es für die Gestaltung unserer Beziehungen zu anderen Ländern selbstverständlich belanglos ist, welcher Art die Verfassung und Regierungsform sein mag, die die Völker sich zu geben belieben. Es ist daher aber auch die eigene Angelegenheit des deutschen Volkes, den geistigen Gehalt und die konstruktive Form seiner Staatsorganisation und Staatsführung nach eigener Empfindung zu wählen. Nur so war es verständlich und möglich, daß trotz der großen Differenzen der beiden herrschenden Weltanschauungen das Deutsche Reich sich auch in diesem Jahre bemühte, seine freundschaftlichen Beziehungen Rußland gegenüber weiterzupflegen.

Wenn Herr Stalin in seiner letzten großen Rede der Befürchtung Ausdruck gab, in Deutschland möchten sonstzeitliche Kräfte tätig sein, so muß ich an dieser Stelle diese Meinung dahin korrigieren, daß, genau so wenig wie in Rußland eine deutsche nationalsozialistische Tendenz gebildet werde, Deutschland eine kommunistische Tendenz oder gar Propaganda dulden wird!

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Je klarer und eindeutiger diese Tatsache in Erscheinung tritt und von beiden Staaten respektiert wird, umso natürlicher kann die Pflege der Interessen sein, die den beiden Ländern gemeinsam sind. Wir begrüßen daher auch das Bestreben nach einer Stabilisierung der Verhältnisse im Osten durch ein System von Pakt, wenn die leitenden Gesichtspunkte dabei weniger taktisch-politischer Natur sind als vielmehr der Verstärkung des Friedens dienen sollen. In diesem Zusammenhang sprach der Kanzler über

Das Verhältnis zu Polen.

Deutsche und Polen werden sich mit der Tatsache ihrer Existenz gegenseitig abfinden müssen. Es ist daher zweckmäßiger, einen Zustand, den 1000 Jahre vorher nicht zu beseitigen vermochten und nach uns ebenso wenig beseitigen werden, so zu gestalten, daß aus ihm für beide Nationen ein möglichst hoher Nutzen gezogen werden kann.

Es schien mir weiter erforderlich, an einem konkreten Beispiel zu zeigen, daß ohne Zweifel bestehende Differenzen nicht verhindern dürfen, im Völkerleben jene Form des gegenseitigen Verkehrs zu finden, die dem Frieden und damit der Wohlfahrt der beiden Völker nützlich ist.

Es schien mir weiter richtiger zu sein, zu versuchen, durch eine freimütige und offene Aussprache zu zweit die nun einmal die beiden Länder betreffenden Probleme zu behandeln, als dauernd Dritte und Vierte mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Im übrigen mögen in der Zukunft die Differenzen zwischen den beiden Ländern sein wie sie wollen: Der Versuch, sie durch kriegerische Aktionen zu beheben, würde in seinen katastrophalen Auswirkungen in keinem Verhältnis stehen zu dem irgend möglichen Gewinn.

Die deutsche Regierung war daher glücklich, bei dem Führer des heutigen polnischen Staates, Marschall Pilsudski, die gleiche großzügige Auffassung zu finden. Die deutsche Regierung ist gewillt und bereit, im Sinne dieses Vertrages auch die wirtschaftspolitischen Beziehungen Polen gegenüber so zu pflegen, daß hier gleichfalls dem Zustande unfruchtbarer Zurückhaltung eine Zeit nützlicher Zusammenarbeit folgen kann. (Stürmischer Beifall.) Der Kanzler gab hier seine besondere Freude auch über die Klärung des Verhältnisses zwischen Danzig und Polen Ausdruck.

Zur Frage Oesterreich

fährte der Kanzler aus: Die Behauptung, daß das Deutsche Reich beabsichtige, den österreichischen Staat zu verewalten, kann durch nichts belegt oder erwiesen werden. Allein es ist selbstverständlich, daß eine die ganze deutsche Nation erfassende und sie aufs tiefste bewegende Idee nicht vor den Grenzpfeilern eines Landes Halt machen wird, das nicht nur seinem Volke nach deutsch ist, sondern seiner Geschichte nach als deutsche Dittmar viele Jahrhunderte hindurch ein integrierender Bestandteil des Deutschen Reiches war. In dessen Hauptstadt ein halbes Jahrtausend lang die Ehre hatte, die Residenz der deutschen Kaiser zu sein und dessen Soldaten noch im Weltkriegs Seite an Seite mit den deutschen Regimentern und Divisionen marschierten.

Wenn die derzeitige österreichische Regierung es für notwendig hält, diese Bewegung unter Einlaß äußerer finanzieller Mittel zu unterdrücken, so ist dies selbstverständlich ihre eigene Angelegenheit. Sie muß aber dann auch persönlich für die Folgen ihrer eigenen Politik die Verantwortung übernehmen. Die Reichsregierung hat aus dem Vorgehen der österreichischen Regierung gegen den Nationalsozialismus überhaupt erst in dem Augenblick für sich die Konsequenzen gezogen, als deutsche Reichsangehörige in Oesterreich davon betroffen wurden.

So wenig wir auf einen amerikanischen und englischen Reiseverkehr in Deutschland rechnen dürfen, wenn diesen Reisenden auf deutschem Gebiet ihre nationalen Hoheitszeichen oder Fahnen abgerissen würden, so wenig wird es die deutsche Reichsregierung hinnehmen, daß jenen Deutschen, die als Fremde und Gäste in ein

anderes und noch dazu deutsches Land kommen, diese entwürdigende Behandlung zuteil wird.

Denn das Hoheitszeichen und die Hakenkreuzfahne sind Symbole des heutigen Deutschen Reiches. Deutsche aber, die heute in das Ausland reisen, sind, abgesehen von den Emigranten immer Nationalsozialisten! (Zubelnde Zustimmung und Händeklatschen.)

Die weitere Behauptung der österreichischen Regierung, daß von Seiten des Reiches aus irgend ein Angriff gegen den österreichischen Staat unternommen werde oder auch nur geplant sei, muß ich schärfstens zurückweisen.

Die deutsche Reichsregierung kann auf Anklagen verzichten. Sie hat ihre innere Sicherheit, indem sie es nicht unterließ, zu ihrer eigenen Veruhigung und zur Aufklärung der übrigen Welt in einem Jahre allein einige Male an das deutsche Volk zu appellieren, ohne dazu irgendwie gezwungen zu sein. Es würde den Wert der gegen die heutige österreichische Regierung gerichteten Angriffe sofort erledigen, wenn

Deutschland — Frankreich

So wie sich die nationalsozialistische Regierung bemühte, eine Verständigung mit Polen zu finden, war es auch unser ehrliches Bemühen,

die Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland zu mildern

und, wenn möglich, durch eine Generalvereinbarung den Weg zu einer endgültigen Verständigung zu finden. Der Kampf um die deutsche Gleichberechtigung könnte keine bessere Verbindung finden als durch eine Ausbühnung der beiden großen Nationen, die in den letzten Jahrhunderten so oft das Blut ihrer besten Söhne auf den Schlachtfeldern vergossen, ohne an der endgültigen Lagerung der Tatsachen dadurch wesentliches geändert zu haben. Frankreich fürchtet um seine Sicherheit. Niemand in Deutschland will sie bedrohen, und wir sind bereit, alles zu tun, um dies zu bewerkstelligen. Deutschland fordert keine Gleichberechtigung.

Niemand in der Welt hat das Recht, einer großen Nation diese zu verweigern, und niemand wird die Kraft haben, sie auf die Dauer zu verhindern. (Zubelnder Beifall, Bravorufe.) Für uns aber, die wir lebende Zeugen des großen grauenhaften Krieges sind, ist nichts ferner liegender als der Gedanke, diese auf beiden Seiten verständlichen Empfindungen und Forderungen in irgend einen Zusammenhang zu bringen mit dem Wunsche eines neuerlichen Messens der Kräfte auf dem Schlachtfeld, das in seinen Folgen zwangsläufig zu einem internationalen Chaos führen würde.

Mein Vorschlag, Deutschland und Frankreich möchten gemeinsam schon jetzt

das Saarproblem

bereinigen, entsprang folgenden Erwägungen: 1. Diese Frage ist die einzige, die territorial zwischen beiden Ländern noch offen steht. Die deutsche Regierung ist nach Lösung dieser Frage bereit und entschlossen, die äußere Formulierung des Locarno-Paktes auch innerlich zu akzeptieren. 2. Die deutsche Regierung befürchtet, daß, obwohl die Abstimmung eine unerhörte Mehrheit für Deutschland ergeben wird, dennoch im Zuge der Vorbereitung der Abstimmung eine propagandistische neue Aufschüchtlung nationaler Leidenschaften stattfindet. 3. Ganz gleich, wie die Abstimmung ausfallen würde, sie wird in jedem Fall bei einer der beiden Nationen zwangsläufig das Gefühl einer Niederlage zurücklassen. 4. Wir sind überzeugt, daß, wenn Frankreich und Deutschland diese Frage vorher in einem

diese sich entschließen könnte, das deutsche Volk in Oesterreich ebenfalls auszurufen, um die Identität seines Willens mit dem Willen der Regierung vor aller Welt festzustellen.

(Minutenlanger Beifall.) Ich glaube nicht, daß z. B. die Regierung der Schweiz, die auch Millionen Bürger deutscher Nationalität besitzt, irgendeine Klage über den Verbruch einer Einmüandung deutscher Kreise in ihre inneren Angelegenheiten vorbringen könnte. Der Grund scheint mir darin zu liegen, daß dort eine erschütterlich vom Vertrauen des schweizerischen Volkes getragene Regierung besteht. Möchte das Schicksal fügen, daß aus diesen unberechtigenden Zuständen endlich dennoch der Weg zu einem wirklich veröhnenden Ausgleich gefunden wird.

Das Deutsche Reich ist bei voller Respektierung des freien Willens des österreichischen Deutschtums jederzeit bereit, die Hand zu einer wirklichen Verständigung zu reichen. (Bravorufe.)

Bezüglich Italiens brückte der Kanzler die freudige Empfindung aus, daß die traditionelle Freundschaft zum schiedlichen Italien in den Beziehungen der beiden Staaten eine weitere vielseitige Festigung erfahren hat. Der Besuch des Staatssekretärs Cuvich hat uns zum ersten Mal die Möglichkeit gegeben, auch in Berlin diese Empfindungen für das weltanschaulich uns so nahebedehende italienische Volk und seinen überragenden Staatsmann Ausdruck zu geben.

gemeinsamen Vertragsentwurf entschieden hätten, die gesamte Bevölkerung der Saar freudig für diese Regelung eingetreten würde. Ich bedauere daher auch noch heute, daß französischerseits geglaubt wurde, diesen Gedanken nicht folgen zu können.

Ich gebe dennoch die Hoffnung nicht auf, daß trotzdem in beiden Nationen der Wille zu einer wahrhaften Ausöhnung und endgültigen Vegrabung des historischen Kriegsbeiles zu kommen, immer mehr sich verstärken und durchsetzen wird. Wenn dieses gelingt, wird die von Deutschland unerhöchterlich geforderte Gleichberechtigung dann auch in Frankreich nicht mehr als Angriff gegen die Sicherheit der französischen Nation, sondern als das selbstverständliche Recht eines großen Volkes angesehen werden, mit dem man nicht nur politisch in Freundschaft lebt, sondern wirtschaftlich so unendlich viele gemeinsame Interessen besitzt. (Stürmischer Beifall.)

Wir begrüßen es dankbar, daß die Regierung Großbritanniens sich bemüht, einer solchen Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen ihre Hilfe zur Verfügung zu stellen. Der mir gestern vom britischen Botschafter überreichte Entwurf eines neuen Abrüstungsvorschlages wird von uns mit bestem Willen geprüft werden. Wenn sich die deutsche Regierung in diesem Jahre entschließen mußte, aus der Abrüstungskonferenz und aus dem Völkerbund auszuschcheiden, dann geschah dies nur, weil die Entwicklung der Deutschland auf das tiefste bewegenden Frage der Herstellung unserer Gleichberechtigung in Verbindung mit einer internationalen Rüstungsbeschränkung nicht mit dem zu vereinen war, was ich im Mai als unabänderliche Grundforderung nicht nur für die nationale Sicherheit des Deutschen Reiches, sondern auch für die nationale Ehre unseres Volkes aufstellen mußte.

Nach einem Jahr der nationalsozialistischen Revolution sind das Deutsche Reich und das deutsche Volk innerlich und äußerlich reifer geworden für die Uebernahme des Teiles der Verantwortung am Geheßen und am Glück aller Völker, der einer so großen Nation von der Vorlesung zugewiesen ist, und daher von Menschen nicht bestritten werden kann. (Stürmischer Beifall.) Die Bereitwilligkeit zu dieser wahrhaft internationalen Pflichterfüllung aber kann keinen schöneren symbolischen Ausdruck finden als in der Person des großen Marschalls, der als Offizier und Siegerreicher Führer in Kriegen und Schlachten für unseres Volkes Größe kämpfte und heute als Präsident des Reiches ehrwürdigster Garant ist für die uns alle bewegende Arbeit am Frieden. (Stürmische Heilrufe!)

Ehrung des Führers

Berlin, 31. Jan. Die Wende des ersten Jahres der nationalsozialistischen Revolution ist angebrochen.

Die Reichshauptstadt ist ein Flaggenmeer.

Mit großem Stolz und frohem Herzen gedenkt die Bevölkerung der Reichshauptstadt des Tages, an dem das große Ziel des Nationalsozialismus in Erfüllung ging. Nie hat man in den Straßen Berlins so viele Fahnen gesehen.

An den Gräbern der in unerhöchterlicher Treue für die Bewegung Gefallenen haben sich in den Vormittagsstunden die Abordnungen der Sturmabteilungen eingefunden, um im stillen Gedenken den Dank an ihre Kameraden abzugeben für das große Opfer, das sie bringen mußten, ehe das große Ziel des Nationalsozialismus erreicht werden konnte.

Eine besondere Ehrung für den Volkskanzler Adolf Hitler hatte sich die Hitlerjugend ausgedacht. Gegen 9 Uhr marschierte eine große Schar der Hitlerjugend mit Bannern und einem Spielmannszug vor der Reichskanzlei auf. Sie begrüßte ihren Führer mit dem Badenweilermarsch:

andere Märsche und Rieder folgten. Nach einer halben Stunde ging es mit klingendem Spiel durch die Wilhelmstraße und über die Straße Unter den Linden nach dem Lustgarten, von wo die begeistertsten Jungen sich nach Hause begaben.

Am Hause Wallstraße, jetzt Maikowski-Straße 52, in Charlottenburg, künden zwei Bronce tafeln von der rühmlichen Tat kommunistischen Gesindels heute vor einem Jahr. Hier in der dunklen StraÙe fielen der Sturmführer Maikowski und der Polizeioberwachmeister Josef Jauris zu einem Zeitpunkt, als mit wehenden Fahnen die nationalsozialistischen Kämpfer von der erbebenden Ehrung für den Volkskanzler zurückkehrten. Heute flattern die Symbole der nationalsozialistischen Erhebung über den Straßen dieses Stadtviertels, wie überall im einstmaligen roten Berlin. Ein großes Hakenkreuz aus Zannengrün, Girlanden und ein frischer Kranz schmückten die Erinnerungstafeln, vor denen sich dauernd Menschen stauen, die in Ehrfurcht den deutschen Gruß entbieten, der mit den beiden Gefallenen allen Todesopfern der Bewegung und der Polizei gilt. Auch die letzte Ruhestätte Maikowskis auf dem alten Invalidenfriedhof ist herrlich geschmückt. Kameraden halten die Ehrenwache.

Unter den Linden bildete die Menge bis zum Königsplatz hinunter ein ennes unüberdringliches Spalier. Besonders dicht stauten sich die Massen vor dem Ehrenmal, wo die Reichsmehrfreiwache mit verstärkter Mannschaff zur Ablösung aufmarschieren sollte. Um 12.30 Uhr erkante von Brandenburger Tor Marschmusik und Laufende von Händen flogen zum Hitlergruß empor, als die Reichsmehrfreiwache

kompagnie mit klingender Marschmusik anrückte und vor dem Ehrenmal in breiter Front aufstellte nach.

Im Laufe der Vormittagsstunden fanden sich vor dem Palais des Reichspräsidenten in der Wilhelmstraße, besonders aber vor der Reichskanzlei, eine große Zahl Schauflüger ein, um die Ereignisse des Tages, die sich im Regierungsviertel abspielten, sollten, aus nächster Nähe zu beobachten.

Dicht gedrängt umsäumten die Menschen das Reichskanzlerpalais.

Die Begeisterung stieg von Stunde zu Stunde. Endlose Heirufe hallten über den Platz, und obwohl bekannt wurde, daß ein Empfang der Reichsregierung beim Reichspräsidenten nicht stattfindet, wollten die Menschen von ihren Plätzen nicht weichen noch manfen. Die Geduld der Wartenden wurde auch belohnt, denn

kurz vor 13 Uhr zeigte sich der Führer, mit Jubel begrüßt, am Fenster.

Gegen 13 Uhr erschien dann unter Führung des Vizekanzlers von Bapen die Reichsregierung in der Reichskanzlei. Bei ihrer Ankunft wurden den Ministern herzliche Kundgebungen bereitet, die sich wiederholten, als das Kabinett die Reichskanzlei verließ. Besonderer Jubel scholl der Landespolizeigruppe General Göring entgegen, die auf ihrem Wege zur Ablösung der Wache in der Prinz Albrechtstraße durch die Wilhelmstraße marschierte.

Die eindrucksvolle Sitzung in der Krolloper

Berlin, 31. Jan. Vor dem Hause der Krolloper hatte sich aus Anlaß der großen Sitzung des Reichstages schon eine Stunde vor Sitzungsbeginn eine nach Hunderten zählende Menschenmenge eingefunden. In den unteren Räumen des Hauses hatte die SS-Stabswache des Führers Aufstellung genommen. Nach und nach trafen die Reichstagsmitglieder in Wagen oder zu Fuß ein, herzlich begrüßt von der Menge.

Die Ovationen des Publikums steigerten sich zu einem Orkan, als der Führer erschien.

Stehend, mit erhobenen Händen erwarteten die Reichstagsmitglieder den Führer, der dankt und sofort seinen Platz einnimmt.

Ministerpräsident Göring eröffnet ohne Umschweife die Sitzung mit Verlesung einer Pile derjenigen Abgeordneten, die für diese Sitzung beurlaubt sind. Zu letzteren gehört auch Dr. Eugen Berg.

Präsident Göring fährt dann fort: Mein Führer! Meine Kameraden! Als wir zum letzten Male hier versammelt waren, habe ich Ihnen damals bereits mitgeteilt!

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Das es sich lediglich darum gehandelt hat, den Reichstag zu konstituieren. Ich habe darauf hingewiesen, daß an dem Tage, an dem unser Führer das Wort ergreifen wird, der neue Reichstag seine erste grundlegende Sitzung haben wird. Heute nun ist diese Sitzung, an einem denkwürdigen Tage, dem 30. Januar.

Solange es deutsche Geschichte geben wird, wird der 30. Januar nicht nur ein Markstein, er wird die entscheidende Wendung im Schicksal des deutschen Volkes sein und bleiben.

Aus den Niederungen, aus den Tiefen, aus schwarzer Nacht hat sich das deutsche Volk aufs neue erhoben und das deutsche Volk hat zurückgefunden seine Ehre und seine Freiheit, zwei Begriffe, ohne welche ein Volk nicht zu leben vermag.

So leben wir, wie es in diesem einen Jahr unsagbarer Mühe und Arbeit möglich war, ein Reich wieder in Einheit herzustellen. Nicht mehr droht die Gefahr, daß der Rahmen des Reiches verfallen könnte.

Mit eiserner Faust umklammert der Reichsgedanke das gesamte Deutschland.

Immer wieder veruchte man, Risse zu erkennen, in die man hineinklopfen konnte, um die Geflossenheit aufzulockern. Es ist nicht gelangt! Mit brutaler Faust, wenn es sein mußte, haben wir die Staatsfeinde zurückgeworfen. Rücksichtslos sind wir gegen die vorgegangen, die eigene Interessen über die Interessen der Nation stellten. Und auch in Zukunft werden wir gemäß dem Willen unseres Führers gegen jeden vorgehen, der diese Geflossenheit antastet.

Der heutige Reichstag ist der erste geschlossene Reichstag einer Weltanschauung, die anders ist und sich hinwegsetzt über alle die fremden Gruppierungen früherer Reichstage. Die Welt soll erkennen:

So, wie das Volk einig ist, so auch seine Führung, so auch seine Vertretung in der Form des Deutschen Reichstages.

Ich weiß nicht wie eine spätere Geschichtsschreibung einmal dieses Jahr der deutschen Wiedergeburt bezeichnen will, wie eine Geschichtsschreibung es überhaupt fertigbringen mag, dieses einzigartige Wunder der Nachwelt zu überliefern. Ich glaube, sie vermag es nur, indem sie hinweist auf den einen Mann, der das alles geschaffen hat. Und wenn heute der Reichstag des 12. November zusammentritt, wenn heute die Geflossenheit des Volkes auch in der Einheit dieses Reichstages zum Ausdruck kommt, dann glaube ich, ist auch in uns wie in jedem letzten Bauern draußen, jedem letzten Arbeiter, jedem letzten Hüttenarbeiter das eine heiße glühende Gefühl für den Führer, dem wir das danken, der uns nicht nur in den anderthalb Jahrzehnten deutscher Schmach nicht verzagen und nicht verzweifeln ließ, sondern der uns auch in diesem Jahre deutschen Aufstiegs das Banner getragen hat und uns auch hier nicht schwach werden ließ und uns auch hier die großen Ziele zeigte. In überwältigender, überirdischer Dankbarkeit bekennen wir das auch heute dem Führer. Wir brauchen nicht das Gelöbnis der Treue zu erneuern. Ein Nationalsozialist liebt die Treue als das Fundament seines ganzen Lebens und seines ganzen Handelns an. Und die Treue hat den Führer befähigt, seine gewaltigen Aufgaben zu lösen; die Treue wird ihn weiter befähigen.

Ein Volk hat er geschaffen und das Volk wird in Zukunft ihm folgen, wohin er es führt, durch Tiefen zur Höhe, durch Schmerzen zum Glück.

Das ist das Gelöbnis auch des heutigen Reichstages. Der Führer möge wissen: Nicht nur eine Bewegung, nicht nur eine Geselshaft, nicht nur ein Reichstag, das ganze Volk jubelt ihm heute in Loyalität und Treue zu. (Starker Beifall.)

Abg. Dr. Fric: Ich beantrage, den Antrag Hitler-Dr. Fric und Genossen betreffend den Entwurf eines Gesetzes über den Wiederaufbau des Reiches

auf die heutige Tagesordnung zu legen.

Der Präsident erteilt hierauf dem Führer und Reichskanzler Adolf Hitler zur Abgabe der Regierungserklärung das Wort. Während sich der Führer zum Rednerpult begibt, erheben sich alle Anwesenden und begrüßen ihn mit stürmischen Heilrufen.

Gegen monarchistische Propaganda

Ministerpräsident Göring beauftragt Auflösung sämtlicher monarchistischer Verbände und Organisationen.

Berlin, 31. Jan. Wie der APD mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident Göring in seiner Eigenschaft als Chef des Geheimen Staatspolizeiamtes an den Reichsinnenminister Dr. Fric folgendes Schreiben gerichtet:

In den letzten Wochen mehrten sich die Anzeichen einer unangebrachten monarchistischen Propaganda. Entgegen den Reichs- und Landesbestimmungen werden monarchistische Verbände und Organisationen gegründet mit der ausdrücklichen Mahgabe, Anhänger zu werben, insbesondere innerhalb der deutschen Jugend.

Es hat sich weiter herausgestellt, daß diese Verbände gegen die nationalsozialistische Bewegung und somit gegen den heutigen Staat eingestellt sind. Vor allem aber beginnen sich in diesen Verbänden wiederum Staatsfeinde zu tarnen und zu sammeln.

Ich stelle daher den Antrag, sehr geehrter Herr Reichsminister, die monarchistischen Organisationen und Verbände sofort aufzulösen und vor weiteren derartigen Unternehmungen zu warnen. Der neue Staat ist nicht geschaffen worden im heftigen Kampf gegen links, damit jetzt wieder von anderer Seite neue Anknüpfungen eigene Interessen in den Vordergrund stellen. Jeder, der am Reiche und Staat Adolf Hitlers rührt, muß unerbittlich bekämpft werden. So wie ich in Preußen den Kommunismus niedergeschlagen habe, will ich mit gleicher Rücksichtslosigkeit und gleicher Härte auch mit anderen mit der nationalsozialistischen Staatsführung unzuliebenden Elementen aufräumen, auch wenn sie sich monarchistisch verbrämt haben. Der neue Staat kennt keinen Streit der Staatsform. Monarchie und Republik liegen beide fern. Beide haben verlagert. Die einen haben die Aufrichtung des neuen Staates zu verhindern getrachtet, die anderen haben nichts zu seiner Förderung getan. Die Achtung vor den Verdiensten großer preussischer Könige bleibt dadurch unberührt.

Nach deutsch-tschechischer Pakt?

Prag, 31. Jan. In diplomatischen Kreisen verlautet, daß die tschechoslowakische Regierung nach dem Abschluß des deutsch-polnischen Verständigungsabkommens nunmehr ernstlich die Möglichkeit erwäge, ihrerseits den Abschluß eines deutsch-tschechoslowakischen Nichtangriffspaktes vorzuschlagen. In der letzten Sitzung des Prager Ministerrats soll bereits erwogen worden sein, mit der Berliner Regierung in Fühlung zu treten. Hierzu wird von maßgebender tschechoslowakischer Seite erklärt, daß bereits vor einiger Zeit diplomatische Besprechungen wegen des Abschlusses eines derartigen Paktes zwischen Deutschland, der Tschechoslowakei und Jugoslawien stattgefunden hätten, und daß man gegenwärtig der Wiederaufnahme dieser Verhandlungen mit dem Ziele einer endgültigen Regelung entgegensehen könnte.

Veröffentlichung des englischen Weißbuches am 1. Februar

London, 31. Jan. Die Veröffentlichung des Weißbuches der englischen Regierung über die Abrüstungsfrage wird für den ersten Februar erwartet. Ueber den Inhalt des Weißbuches verlautet, daß zahlreiche Änderungen gegenüber dem britischen Abrüstungsentwurf vorgebracht werden. Jedoch wird die neue Erklärung der englischen Regierung nicht über Änderungen von Einzelheiten hinausgehen, die bestimmt sind, die Zustimmung der beteiligten Mächte zu erleichtern.

Kabinett Daladier

Paris, 31. Jan. Ministerpräsident Daladier hat folgende Ministerliste zusammengestellt und sich mit den neuen Persönlichkeiten in den Elysee begeben, um sie dem Präsidenten der Republik vorzustellen:

- Ministerpräsident und auswärtige Angelegenheiten: Daladier, Abgeordneter (Radikalsozialist)
- Justizministerium und Vizepräsident des Senats: Penancier, Senator (Radikalsozialist)
- Innere: Frot, Abgeordneter (parteilos)
- Finanz- und Haushalt: Piétri (Volkrepublikaner)
- Ministerium für nationale Verteidigung und Krieg: Fabry, Abgeordneter (Republ. Mitte)
- Luftfahrt: Cot, Abgeordneter (Radikalsozialist)
- Kriegsmarine: de Chappedelaine, Abgeordneter (Radikale Linke)
- Handelsmarine: Guy-la-Chambre, Abgeordneter (Unabhängige Linke)
- Landwirtschaft: Queuille, Abgeordneter (Radikalsozialist)
- Öffentliche Arbeiten: Paganon, Abgeordneter (Radikalsozialist)
- Post: Paul Bernier, Abgeordneter (Radikalsozialist)
- Handel: Müller, Abgeordneter, Radikalsozialist
- Arbeitsministerium: Daladier, Senator (Radikalsozialist)
- Ministerium für überseeische Besitzungen und Kolonien: (Dieses Ministerium tritt an die Stelle des früheren Kolonialministeriums): Henry de Jouvenal, Senator (parteilos)
- Pensionsministerium: Ducos, Abgeordneter (Radikalsozialist).

Mobilmachung in Tirol

Innsbruck, 31. Jan. Die Landesleitung der Tiroler Heimatwehr hat für den 30. Januar die Mobilmachung sämtlicher Formationen der Heimatwehr für das Land Tirol angeordnet.

Diese nur aus gänzlicher Kopflosigkeit und dem Gefühl absoluter Unsicherheit erklärliche Maßnahme wurde offenbar getroffen, weil die Tiroler Heimatwehr befürchtete, das deutsche Volk Tirols könnte am 30. Januar im Gedenken an den Sieg der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland zu Demonstrationen schreiten. Die Sicherheitsbehörden verhafteten planlos eine große Anzahl von Nationalsozialisten. Ein Zollwachposten wurde in der Nähe von Kufstein von unbekannten Tätern erschossen. Die Bevölkerung ist über die Privatmobilmachung der Tiroler Heimatwehr aufs äußerste erbittert. In der Nacht zum Dienstag explodierten in Innsbruck, Landed und Seefeld zahlreiche Papierböllern. In einem Aufruf erklärt die Landesleitung der Tiroler Heimatwehr, sie müsse „durch ihre Mobilmachung ungeheurer Unglück von ihrem geliebten Vaterland abwenden“. Der Aufruf wurde von der Bevölkerung nachdrücklich abgelehnt.

Außer den Heimatwehren wurden gestern mittag in ganz Tirol auch die katholischen Sturmsharen angeboten. Während aber die Heimatwehrabteilungen lediglich der Heimatwehrführung unterstellt sind, wurden die kathol. Sturmsharen dem Sicherheitsdirektor und in den Orten auf dem Lande den Bezirkshauptmannschaften und den Gendarmerieposten unterstellt. In Innsbruck wurden die katholischen Sturmsharen kaserntiert. Der Hauptbahnhof, die Bundesbahndirektion und andere öffentliche Gebäude sind von der Heimatwehr besetzt worden.



Daladier.

Empfänge in Warschau

Warschau, 31. Jan. Marschall Pilsudski empfing am Montagmittag in Anwesenheit des Außenministers Bed den französischen Vizekonsul Laroche und den rumänischen Gesandten Cadere.

Außenminister Bed hatte außerdem Unterredungen mit dem sowjetrussischen Gesandten, mit den Vizekonsuln Englands und Amerikas, sowie den Gesandten Letlands und Estlands.

In wenigen Worten

Berlin: Vor der 18. Großen Strafkammer des Berliner Landgerichts begann am Dienstag der Prozeß gegen den ehemaligen Leiter des Spielbezirks der Kriminalpolizei Berlin, Kriminalpolizeirat Heinrich Schloffer, wegen passiver Bestechung und Bestätigung.

London: Der britische Luftfahrtminister ist zu Verhandlungen über eine Beschleunigung des regelmäßigen Luftverkehrs mit Indien und Südafrika in Rom eingetroffen.

Moskau: Ein neuer Stratosphärenflug ist gestern vormittag von Moskau aus unternommen worden. Der Ballon hatte am 11.17 Uhr eine Höhe von 20.000 Meter erreicht.

New York: Bei zwei großen Feuersbräufen in New York wurden am Montag 28 Feuerwehrleute verletzt, darunter zwölf schwer. Den Bränden fielen zwei Hotels, zwei Tanzhallen und ein Sporthaus zum Opfer. 200 Personen wurden obdachlos.

Sydney: In Westaustralien ist es zu schweren Unruhen gekommen. Tausende von Menschen rotteten sich zusammen und verlangten die gewalttätige Entfernung sämtlicher Ausländer. Hotels und Läden wurden geplündert. Sämtliche Bergwerke liegen still.

Tokio: Der japanische Außenminister Hirota wandte sich in der Abgeordnetenkammer gegen die russischen Truppenbewegungen an der Grenze der Mandchurei.

New York: Im östlichen Teil der Vereinigten Staaten sind infolge schwerer Winterstürme alle regelmäßigen Flugdienste eingestellt worden. Die ungewöhnliche Kälte forderte bisher 20 Todesopfer.

Vor dem Abschluß der Transferbesprechungen

Wie der DSD erfährt, sind die Transferbesprechungen gestern fortgesetzt worden, die kurz vor dem Abschluß stehen.

Aus Baden und Nachbarstaaten

Weinheim, 31. Jan. (Selbstmordversuch.) Ein verheirateter Kellner aus Darmstadt legte sich hier in betrübtem Zustand auf das Gleis der DGB, um sich überfahren zu lassen. Der Jungführer bemerkte den Mann im letzten Augenblick und brachte den Zug zum Halten. Der Betrunkene wurde jedoch noch gefahren und erlitt eine Kopfverletzung, so daß er in das Krankenhaus überwiesen werden mußte.

Pforzheim, 31. Jan. Durch ausströmendes Gas betäubt wurde vorgestern vormittag der 48 Jahre alte verheiratete Tapezierer Heinrich Salomon, der in einem Hinterhaus der Oberfeldstraße ein Zimmer tapezierte. Die Bewohner fanden ihn bewußtlos am Boden liegend auf, als man nach geraumer Zeit nach ihm und dem Fortgang der Arbeit sah. Der Arzt veranlaßte sofort die Ueberführung ins Krankenhaus, wo der Verwundete mit Sauerstoff ins Leben zurückgerufen werden konnte. Die Untersuchung ergab, daß in dem Zimmer der betreffenden Wohnung kurz vorher eine Gaslampe entfernt worden war, ohne daß man gleichzeitig die Gasleitung verdrichtet hatte.

Gesetz zur Durchführung des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums

Das Staatsministerium hat unterm 29. Januar d. J. ein solches in Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlichtes Gesetz beschlossen, das mit Rückwirkung auf den 1. Mai 1933 in Kraft tritt. Es betrifft den Anspruch auf Ruhegehalt oder Hinterbliebenenversorgung und bestimmt in § 1 folgendes:

Beamte von Gemeinden, Gemeindeverbänden, Kreisen und sonstigen nicht der Reichsaufsicht unterstehenden Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts, die auf Grund der §§ 3, 4 oder 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhestand versetzt oder entlassen werden, haben Anspruch auf Ruhegehalt oder Hinterbliebenenversorgung nur, wenn sie im Zeitpunkt dieser Zurücksetzung oder Entlassung als Pflichtmitarbeiter der Versicherungsanstalt für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte oder nach den Bestimmungen einer Satzung oder besonderen Vereinbarung für den Fall der Zurücksetzung wegen Dienstunfähigkeit ruhegehaltsberechtigt waren.

§ 2 besagt u. a.: Erfolgt die Zurücksetzung oder Entlassung auf Grund der §§ 3, 4 oder 6 des Gesetzes, oder werden diese Bestimmungen auf Beamte angewendet, die schon aus dem Dienst ausgeschieden sind, so wird Ruhegehalt oder Hinterbliebenenversorgung nur unter der weiteren Voraussetzung gewährt, daß der Beamte eine mindestens zehnjährige Dienstzeit vollendet hat.

Erfolgt die Zurücksetzung auf Grund des § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, so wird nach § 4 Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung gemäß den Vorschriften des genannten Gesetzes unter den Voraussetzungen und in dem Umfang gewährt, wie sie dem Beamten auf Grund des Versicherungsgesetzes für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte oder den Bestimmungen einer Satzung oder Vereinbarung für den Fall der Dienstunfähigkeit zu gewähren wären.

Für die Bürgermeister wird u. a. bestimmt: Bürgermeister, die auf Grund der §§ 3, 4 oder 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhestand versetzt oder entlassen werden, haben einen Anspruch auf Ruhegehalt oder Hinterbliebenenversorgung nur in dem Umfang, in dem ihnen im Zeitpunkt dieser Zurücksetzung oder Entlassung nach § 27 der Gemeindeordnung oder einer auf Grund dieser Vorschrift abgeschlossenen Vereinbarung für den Fall der Nichtwiederwahl ein solcher Anspruch zustünde.

Bürgermeister, die auf Grund des § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ohne einen Anspruch auf Ruhegehalt oder Hinterbliebenenversorgung nach § 5 dieses Gesetzes in den Ruhestand versetzt worden sind, haben, wenn sie mindestens drei Jahre hauptberuflich tätig waren, Anspruch auf Wartegeld in Höhe des einmaligen Betrages der Jahresbesoldung; bei mehr als neunjähriger Dienstzeit berechnet sich das Wartegeld nach den Vorschriften des § 27 der Gemeindeordnung. — Bürgermeister, die auf Grund des § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ohne Anspruch auf Ruhegehalt oder Hinterbliebenenversorgung nach § 5 des Gesetzes entlassen worden sind, haben einen Anspruch auf Wartegeld nur, wenn ihnen im Zeitpunkt der Entlassung ein solches gemäß § 27 der Gemeindeordnung oder einer gemäß dieser Vorschrift abgeschlossenen Vereinbarung für den Fall der Nichtwiederwahl zustünde.

Der § 9 betrifft Bestimmungen zum Ausgleich von besonderen Härten.

Aus Ettlingen-Stadt und Land

Deutsche Gedenktage

Viel Klagen hör' ich oft erheben,
Vom Hochmut, den der Große übt,
Der Großen Hochmut wird sich geben,
Wenn unsre Kriecherei sich gibt.
Bürger.

- Was geschah heute — — — — — Mittwoch, 31. Januar.
- 1933: SA-Sturmabteilungsführer Hans Maikowitski, Charlottenburg, gelegentlich eines Fackelzuges von Kommunisten erschossen.
- 1931: Der Akerkutscher und SA-Mann Richard Selinger in Döbers bei Sänzig (Oberlausitz) durch Bauchschuß getötet.
- 1866: Der Dichter Friedrich Rückert in Neuses gestorben.
- 1797: Der Komponist Franz Schubert in Wien geboren.

Verichtigung: In dem in unserer gestrigen Ausgabe enthaltenen Artikel „Zur Feier der Nacht-Erzgeißung am 30. Januar 1933“ hat sich das Wörtchen „nicht“ an falscher Stelle eingeschlichen und dadurch dem betr. Satz einen sinnentstellenden Fehler gegeben. Wir berichtigen es hiermit, und stellen fest, daß der Satz richtig lautet muß: „Spätere Generationen werden uns beneiden, daß wir diese Zeit, die das Weltbild umgestaltet, erleben dürfen“.

NS-Frauenchaft. Bei dem heutigen Heimabend im oberen Sonnenaal wird von Frä. Fiele, Fürsorgegeschwester, ein Lichtbildervortrag gehalten. (Siehe Anzeige.)

Freizeit des NSWB. Der Nationalsozialistische Lehrerbund Baden führt vom 10. bis 13. Februar 1934 eine Freizeit auf dem Feldberggebiet (Turnerheim ob Todtnauberg) durch. Es werden Vorlesungen über die geistigen und weltlichen Aufgaben des Lehrberufes im deutschen Aufbruch zur Ministerialdirektor Frank, Lehrer Weiker (Leiter des erziehungswissenschaftlichen Stabes im NSWB) und Lehrer Hans Schmid, Heidelberg (von der Schriftleitung der „Bad. Schule“ gehalten). Die musische Ausgestaltung hat Hauptleiter Hugo Mittag-Kaulein, die sportliche Betreuung Turnlehrer Eugen Kopp-Vörrach übernommen. Leiter der Freizeit ist Schulrat Otto Werner, Mannheim. Ebenso wird über das gleiche Gesamtthema in den Diersfelder Freizeiten in Hornberg und in Stühlingen geplant.

Reichsbauarbeiten für Eigenheime. Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Das Reich hat dem Lande Baden in diesen Tagen noch einen kleineren Reibetrag zur Förderung des Baus von Eigenheimen zugewiesen; die seit her zugewiesenen Mittel sind völlig in Anspruch genommen worden. Die neuen Mittel sollen in der Hauptsache in den mittleren und kleineren Gemeinden zur Förderung des Eigenheimbaues Verwendung finden, während für die größeren Städte zu dem gleichen Zwecke noch Mittel von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zur Verfügung stehen. Allen Bauherren, die die Absicht haben, mit dem Bau eines Eigenheimes zu beginnen, wird daher empfohlen, mit Rücksicht auf die knappen Mittel ihre Anträge als bald beim Bürgermeisteramt einzureichen. Diejenigen, die nach der Darlehensbewilligung sofort mit dem Bau beginnen können und deren Bauvorhaben nach den Plänen nach jeder Richtung befriedigt werden in der Zuteilung bevorzugt werden. Die Wahl eines tüchtigen Architekten wird darum empfohlen.

Schutz gegen Störungen des Rundfunkempfangs. Die von der Deutschen Reichspost in Baden-Baden unter Mitwirkung der Reichsrundfunkkommission, der Stadtverwaltung und der Industrie durchgeführten Arbeiten zur Beseitigung der Störungen des Rundfunkempfangs sind Mitte Dezember abgeschlossen worden. Der Versuch hat gezeigt, daß es technisch nicht schwer ist, solche Störungen auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Weiter hat sich jedoch ergeben, daß es einer besonderen gesetzlichen Regelung bedarf, um den Rundfunk wirksam vor Störungen durch andere Anlagen zu schützen. Die Reichspost ist damit befaßt, zusammen mit dem Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda und der Reichsrundfunkkommission ein Rundfunkgesetz anzuarbeiten, das in Kürze den beteiligten Stellen zur Stellungnahme zugeleitet werden wird.

NS-Lehrerbund Ettlingen

Reichsleiter vom Bund der Kinderreichen, Pp. Kreisleiter Ettingen, sprach über das Thema: „Volk ohne Raum“.

Heute können wir fast von einem Raum ohne Kinder sprechen. Der Zustand, wie er heute durch das Keim- und Einfindersystem geschaffen wurde, ist beinahe katastrophal. Wir gehen den Weg der alten Völker. Von jenen ist nur noch die Kultur vorhanden. Auch bei ihnen war die Urfaße des Aussterbens in der Ehelosigkeit und Kinderlosigkeit. Das alte Rom konnte aus den höheren Ständen und Bürgern zuletzt nicht einmal eine Armee zusammenbringen. In Babylon war es ebenso. Diese Völker mußten daher fremde Elemente zur Verteidigung ihres Landes heranziehen. Erinnert uns das heutige Frankreich durch das Herüberholen von Negertuppen nicht allzuweit an diese alten Völker? Was helfen diesem Volke die Besetzungslinien unter der Erde, wenn es keine Menschen hat, um diese zu besetzen? Vor 10 Jahren sprachen wir in verächtlicher Weise vom französischen Zweifindersystem, und heute sind wir bereits bei dem Keim- und Einfindersystem gelandet. Was hilft uns das Werk Adolf Hitlers, wenn die Menschen fehlen? Im Jahre 1841 hatten wir bei 33 Millionen Einwohnern einen Geburtenzuwachs von 1,3 Millionen. Dieser blieb prozentual bis zur Jahrhundertwende; dann aber nahm er erschreckend ab. Bei 66 Millionen Menschen müßte der Zuwachs des Deutschen Reiches 2,8 Mill. Menschen betragen; statt dessen aber erreicht er nur 975.000. Im Jahre 1900 kamen auf 1000 Menschen 38 Geburten, 1887 waren es 42, und 1932 gar nur 15, während es in Frankreich heute 17,8 und in Polen 36 sind. Ueberlegen wir uns das! In 60 Jahren wird Polen seiner Einwohnerzahl nach so groß sein wie Deutschland. Dann aber wird sich die Diktate von selbst zu seinen Gunsten lösen. Wir sind im Begriffe zu vergehen. Man sagt wohl, die Sterblichkeitsziffer nehme ab, bedenkt aber nicht, daß der Zustrom von unten fehlt. Denken wir uns das heutige Berlin, das 4,4 Millionen Einwohner zählt, rings mit einer Mauer umgeben, ein Zustrom von außen wäre unmöglich. Dann hätte es, wenn es so weiterginge, in 150 Jahren noch 9.600 Einwohner. Man hört soviel von Qualitätskindern. Man sei nicht imstande, bei größerer Kinderzahl die Kinder zu etwas Besseren zu erziehen, das nötige Geld fehle; es ist doch so, daß in einer kinderreichen Familie Entfaltung und Kameradschaft am meisten gepflegt werden und daß in einer solchen Familie sich die Kinder gegenseitig selbst erziehen und sicher nicht schlecht. Und ist nicht das Kind, das entsagen konnte, im Leben weitergekommen?

Die Ursache des Einfindersystems liegt im Geiste der

NS-Kriegsopferversorgung

Kreis- und Ortsgruppe Ettlingen

In größerer Zahl, als für einen Montagabend zu erwarten war, sind die Kameraden und Kameradenfrauen der Einladung der Domänner gefolgt. Die Aufforderung, daß sie reflexlos zu erscheinen haben, bewirkte diesen großen Andrang. Als die Klut in die oberen Säle des „Dirsch“ auch nach 8 Uhr nicht nachließ, half man sich mit der Veranstaltung einer Parallelveranstaltung im unteren Saale, bei der Ortsgruppenobmann Auber den Vorsitz führte. In den oberen beiden Sälen wurde der Rednerpult bei der Türe zwischen den Vokalen aufgeschlagen, so daß die Redner lehrmann gut verständlich waren. Hier stellte Kreisobmann Martin den neuen Landesobmann Döller-Karlsruhe vor, der zunächst einiges von der eindrucksvollen Kriegsopfertagung in München berichtete. Dort waren auch die Vertreter von 2 Millionen französischer Frontkämpfer zugegen. Aus den Reden dieser habe sich ergeben, daß die beiderseitigen Auffassungen erst allmählich sich näher kommen können. Anwesend war auch der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley. Als ungeheuer groß müsse die Pflicht und die Verantwortung bezeichnet werden, die den Domännern übertragen ist, während sie selbst auf den Gang der Dinge wenig Einfluß besitzen. Dafür liege das Wort des Führers vor, der sein Versprechen an die Kriegsopfer voll einlösen werde. Eine Neueinrichtung in den Großstädten sind die „Warenlecks“ als Wirtschaftsbeihilfen an bedrängte Kameraden. U.D. Döller will sie auch für das Karlsruher Gebiet eingeführt wissen. Die Kriegsblinden und Hirnverletzten empfiehlt er wegen ihrer schweren, oft unackannten Leiden, der doppelten Kameradschaftlichkeit.

U.D. Döller wandte sich dann dem neuen Verlorungsgesetz zu, das zu entwerfen dem Reichsarbeitsministerium obliegt. Die früheren Regelungen waren den Kriegsbeschädigten nicht hold und sorgten auf diplomatische Weise für den Abbau der Rechte in Notverordnungen und Erlassen. Das neue Verlorungsgesetz wird etwas völlig Neues sein, nicht von Geheimräten entworfen, sondern von unseren Kameraden Oberlindeber im Auftrage des Reichsministers Selbste aufgestellt. Wir können uns darauf verlassen, daß es muster-gültig werden wird. Das Juristeneinseil u. der Stadeldraht-verfahren früherer Paragraphen werden bestimmen, auch dem einfachen Manne verständlichen Gedanken weichen. Es soll kein kompliziertes Werk geben, aber den Dank des Vaterlandes enthalten. Die 12 Ehrenforderungen des N.D. Oberlindeber werden als moralisches Recht in dem Verlorungsgesetz verankert sein. In Zukunft wird Deutschland an Stelle der vielen nur ein Heeresverlorungsgesetz besitzen. Die bisherige Rente wird durch einen Ehrenlohn abgelöst, auch wird ein Unterschied zwischen Frontsoldat und Heimat-soldat gemacht werden. Der Redner betonte, daß diese Forderungen bis jetzt noch Vorschläge seien. Widerstände würden zu erwarten sein, denn wenn alles in Erfüllung ginge, würden Milliarden notwendig werden. Die Knochentaxe müßte aufhören und die seelische Not der Kriegsbeschädigten auch Berücksichtigung finden. Erwerbsbeschränkungen und Alterserfahrungen seien zu berücksichtigen, ebenso sollten Nachunterstützungen bei über 50 Jahre alten Kriegsbeschädigten aufhören. Siebzehnpromzentige Kameraden gehörten aus dem Erwerbsleben ausgeschieden und hundertprozentig geschrieben. Ebenso sollten Kriegervitwen mit Kindern berat in der Rente stehen, daß sie sich ganz der Haus- und Erziehungsarbeit widmen können. Verschwinden solle die Zugabrente durch Einbau in den Ehrenlohn. Verlangt wird auch eine eigene Krankenkasse für die Kriegsbeschädigten. Ein dringlicher Wunsch sei die Bevorzugung der Kriegsbeschädigten bei der Arbeitseinstellung. Ferner achte dem Soldaten ein Anspruch auf Siedelung, denn es ist das Land, das sie verteidigt haben. Wir sind deshalb noch keine Egoisten, wie man uns glauben zu dürfen, sondern, indem „Ehrenbürger des Staates“, wie uns Hitler geheißen hat. Wir wollen uns im nationalsozialistischen Staate als echte Volksgenossen einleben. Die nationalsozialistische Staatsform muß soweit alle durchdringen, daß Pa. nichts besonderes mehr befragt, daß es keine Partei mehr gibt, sondern letzten Endes nur ein Deutschland unter seinem Führer Hitler. Die Zahl

der organisierten Kriegsopfer hat sich in Baden im letzten Jahr von 27000 auf 50000 erhöht, das ist Hitlers Werk, an dessen Sendung wir glauben. Unter seiner Führung erhalten wir die gesicherte Zukunft. Kreisobmann Martin dankte dem Redner für seine vor-züglichen Ausführungen. Er erwähnte, daß für den leider verhinderten Bürgermeister Kraft G. Enaelman die Gemeindevorwaltung vertrete. Was U.D. Döller über die Kopf- und Hirnverletzten gesagt habe, könne er aus eigener Erfahrung unterstreichen. Die Fachärzte würden heute ganz anders diesen gegenüber einsteilen, als ehemals. Mit einem Dankwort für die starke Teilnahme der auswärtigen Kameraden schloß er die Versammlung.

Die zukünftige Hinterbliebenenversorgung

Die Landesbetreuerin, Frau von Berg-Karlsruhe, betonte eingangs ihre besondere Vorliebe und Anhänglichkeit zum Altbial, da ihr dieser schöne Flecken Erde dieserhalb bekannt sei, weil sie sehr viel mit der Haushaltungsschule für Kriegswaisen und Hinterbliebenen in Marzall zu tun habe und oft dort hinkomme. Die Frage der Waisen- und Hinterbliebenenversorgung, ebenso auch der Kriegsblinden wäre von den bisherigen Regierungen nicht richtig behandelt worden. Die vielen Splittergruppen und Organisationen bei den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen waren zur Ohnmacht verurteilt. Sie dankte dem Führer Hitler und dem Reichsleiter der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen Oberlindeber, die die große einheitliche Organisation geschaffen haben. Der Führer hat erklärt, daß die Kriegsbeschädigten die ersten Bürger des Staates sein sollen. Wir vertrauen auf Hitler und sein Wort und haben die feste Überzeugung, daß es zu einer Zurückdrängung der Kriegsbeschädigten im neuen Staate nicht kommen wird. Als besondere Aufgabe der NSWB stellte sie die Fürsorge für die Hinterbliebenen, Waisen und Kriegsblinden heraus. Hierzu ist besonders die Mitarbeit der Kameradinnen und der übrigen Frauenwelt erforderlich. Besondere Betreuung erfordert die Fürsorge für die Kriegseltern. Sie opferten sehr oft ihr Leben und Einiges, ihren Stolz und ihre Hoffnung. Sie fühlen sich nun allein und verlassen. Sie zu unterstützen in ihrem Dasein, materiell und seelisch, wäre eine besondere Aufgabe der Frauen. Sie forderte auf, daß alle mithelfen mögen in Zukunft, für solche Arme und alle Eltern zu sorgen. Eingehend behandelte sie dann die Frage der Erziehung der Kriegswaisen und regte an, daß das Kinderheim im Katharinenhaler Hof mehr besichtigt werde, da es jetzt besonders schön für Kinder hergerichtet wäre und daß der erste Transport Kriegswaisenkinder bereits am 24. Januar dorthin geschickt wurde. Ein weiterer soll am 9. 2. folgen. Der Verpflegungssatz beträgt 2.— RM, wovon der größte Teil von Fürsorgeverbänden, Krankenkassen usw. aufgebracht werden könne. Zur Frage der Weiterbildung empfahl sie für die älteren Kinder die Haushaltungsschule in Marzall mit den einjährigen Lehrkursen. Die Betreuung des Heimes liegt in sehr bewährten Händen. Die Verlorung der Kinder in aktiver wie in körperlicher Hinsicht sei eine vorzählige. Nachdem sie noch über die Beschaffung von Arbeitsstellen, wozu besondere Geduld erforderlich wäre, und nur unter Mitwirkung der Behörden und aller Kameraden und Kameradinnen etwas erreicht werden könne, gesprochen hatte, behandelte sie mit besonderer Liebe und Sorgfalt die Kriegsblindenfürsorge. Die Rednerin zeigte sich hier als Kennerin der Verhältnisse und es war deutlich ihr Mitfühlen und ihr Schmerz zu vernehmen, daß ihr immer und immer wieder berichtet wird, so oft sie mit dieser schweren Angelegenheit und mit dieser dringenden Aufgabe zu tun hat. Die allergrößte Sorgfalt und Liebe von allen Deutschen gebührt den Kriegsblinden. Nicht zu vergessen seien auch die Frauen der Kriegsblinden, die sehr oft ein schweres Los mitzutragen haben. Sie gab weiterhin praktische Ratschläge über die Fürsorge und über Mittel und Wege, die angewendet werden können, um überall praktisch mithelfen zu können. Zum Schluß versprach sie ihre Mithilfe als Landesbetreuerin für alle, die sie um ihre Hilfe und Vermittlung in Anspruch nehmen wollen, so weit es in ihren Kräften steht. Sie bat ganz besonders um das Vertrauen und um die tatkräftige Mithilfe aller Kameraden und Kameradinnen und forderte die Anwesenden auf, im Vertrauen auf unseren großen Führer und seine Heiterung die Zukunft freudig zu erwarten. Die Parole müsse auch hier voll und ganz Geltung bekommen: Alle für Einen und Einer für Alle!

Der Ortsgruppenobmann erstattete namens der Versammlung der Referentin den wohlwollenden Dank ab und gedachte in sehr gutgewählten Worten des Jahrestages der Gründung des dritten Reiches und forderte auf, in Dankbarkeit und Vertrauen zur Führung des Reiches aufzublicken und schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung an die Musik, das Deutschlandlied zu intonieren, worauf die Menge begeistert mitlang.

≡ Schweinemarkt in Ettlingen am Mittwoch, 31. Jan. Zugefahren 79 Ferkel und 28 Läufer. Verkauf wurden 48 Ferkel zum Preise von 21.—26 RM. und 12 Läufer zum Preise von 38.—46 RM., jeweils das Paar. — Nächster Schweinemarkt am Mittwoch, 7. Febr., vormittags 8 1/2 Uhr.

≡ Schöllbrunn, 31. Jan. Unter großem Trauergeleite wurde am 29. d. M. der Werkstattdarbeiter Josef Maich zur Aufbahrung begleitet. An der Trauerfeier beteiligte sich der Musik- und der Gesangverein, sowie die Betriebszelle der Altbialbahn-Angestellten. Bahnmelder Hölzle legte im Namen des Personals der Altbialbahn einen Kranz nieder und hob hervor, daß Herr Maich viele Jahre bei der Altbialbahn tätig gewesen ist und er vom gesamten Personal als ein treuer Kollege eingeschätzt worden sei.

Völkersbach, Am Sonntag, den 28. Januar, veranstaltete der Unterbann V/109 hier einen Werbeabend, bei dem sich eines guten Besuches erfreuen konnte. Mit Unterbannführer Zurstrassen war Bannführer Hasmann erschienen, der im Anschluß an eine kurze Begrüßung das Wort erteilt bekam. Er warf zunächst einen Rückblick auf die Vergangenheit der nationalsozialistischen Jugendbewegung und bearbeitete in dessen Verlauf die alleinige Daseinsberechtigung dieser Jugendorganisation im neuen Deutschland, im Reich Adolf Hitlers. Wohl hat unser Führer die Stelle des neuen Staates geschaffen. Doch der Kern ist noch wandlungsbedürftig. Dies ist die Aufgabe der Jugend. Sie muß mit allen ihren Kräften versuchen, einen gesunden deutschen Volkstörper zu schaffen. Deshalb ergibt an jeden deutschen Jungen, an jedes deutsche Mädchen der Ruf eindringlicher denn je: Einem in die Hitler-Jugend. Werde dort zum Fackelträger der neuen Idee! Daß auch der Dumme in der H.N. gepflegt wird und voll und ganz auf seine Rechnung kommt, davon zeugten die von der Spielführer ausgeführten Militärschwänke. Reiches Beifall belohnte die jungen „Künstler“. Durch das Horst-Wessel-Lied fand die Veranstaltung einen würdigen Abschluß.

II.

Zeit, der unser Volk besetzte. Man wollte eben bequem im Vorkriegsleben sitzen. Der Geburtenrückgang hing oben an, in den Sechszimmerwohnungen und griff von da über auf die mittleren und unteren Stände. Heute ist er auch bei den bäuerlichen Familien vorhanden.

Dieser Rückgang wurde durch die letzten und vorletzten Regierungen gezeitigt, die familienfeindliche Gesetze erließen. Die Familie wurde durch indirekte Steuern allsehr belastet. Die zehnjährige Familie zahlte 10mal soviel indirekte Steuern als der Ledige.

Die tiefste Ursache des Geburtenrückganges liegt in der Landflucht; daher müssen wir eine Städteflucht erstreben, ländliche Bauernsiedlungen. Jeder Deutsche mit linderreicher Familie muß ein Stück Eigentum haben, dann ist auch der Begriff „Vaterland“ ein anderer. Wir arbeiten für die Zukunft unseres Volkes, nicht für die Gegenwart. Wir müßten ein starkes Volk in Zahl und Qualität werden. Daher wurde auch das Sterilisationsgesetz geschaffen. Manche meinen, dieses Gesetz sei zu hart und stünde im Widerspruch zum religiösen Empfinden. Was kosten uns die Heil- und Pflegeanstalten? Und die Zuchthäuser? Es geht auf die Dauer nicht, daß man für minderwertige Menschen Aufsummen aufbringt, während man gesunde, vorzügliche Menschen verenden läßt. Und so war es doch. Wenn man weiß, daß gerade minderwertige Menschen sich stärker vermehren als normale und gesunde, dann begreift man erst recht, daß dieses Sterilisationsgesetz ein Segen für unser Volk sein wird.

Es muß ein Gesetz zum Ausgleich von Familienlasten geschaffen werden. Die Vierkinderfamilie gilt als kinderreich, die mit drei als Norm. Wir sind Reichenschaft nicht nur unsern Ahnen, sondern auch der Zukunft unseres Volkes schuldig; denn wir sind eben nicht nur Enkel, sondern auch Ahnen. Wären 10 Millionen Kinder mehr da, dann wären bestimmt 5 Millionen mehr in Arbeit; denn durch einen stärkeren Verbrauch für eine größere Anzahl von Kindern wird Arbeit geschaffen. Und nicht zuletzt: aus kinderreichen Familien stammen nicht die minderwertigsten. Kant ist das vierte Kind von neun; Lessing das 13., Bach das 8., Bismarck das 4. von neun, Karl Maria v. Weber das 9., Schubert das 13., Wagner das 7., Werner von Siemens das 4., und diese Beispiele ließen sich noch weiter vervielfältigen.

Im neuen Staate muß die wichtigste Frage lauten: wieviel gesunde Kinder hast Du? Das Schicksal unseres Volkes hängt davon ab, wie es zum Kinde steht. Der deutschen Mutter muß die alte Achtung, das alte Recht gegeben werden. Sie ist der Urquell unserer Zukunft.

Turnen * Sport * Spiel

Pferdesport

Neuer Sieg Axel Holst's.

Beim internationalen Berliner Reitturnier gab es am Montagabend als Hauptereignis ein Glücksspiel der Klasse SA, zu dem nicht weniger als 102 Pferde gemeldet wurden. Obwohl die auswärtige Konkurrenz wieder recht groß war, wurden die deutschen Farben durch Axel Holst a. Ahnherr erneut zum Erfolg geführt. Unser Champion bewältigte den schwierigen Kurs mit seinen 24 Hindernissen in 87,8 Sekunden, eine Zeit, die von seinem Mitbewerber erreicht wurde. Auf dem zweiten Platz kam der französische St. de Manpeou a. Saïda mit 93,0 Sek. vor dem Rittmeister Baabe a. Debo (96,6), St. Bizard (Frankreich) a. Tréoung und Axel Holst a. Pommeroy II. — Im Preis von Ostpreußen, einer Materialprüfung für Reitpferde, siegte Frau Käthe Franke auf dem Friesländer Bogarad, während in der schweren Klasse der Dressurprüfung der Klasse 9 um den Preis vom Kaiserdamm Hpt. Turnier a. Melka vor der Siegerin im Vielseitigkeits-Wettbewerb des Preises der nationalen Erhebung, Sabina, unter Lothar Seyfert, mit dem zweiten Platz vorlieb nehmen mußte.

Beim Berliner Reitturnier teilten sich am Dienstag der Schweizer Hans Herbert Schwarzenbach auf „Schwabenlohn“ und die Franzosen St. C.H. de Castris auf „Wednesden“ und St. Xavier Bizard auf „Asmodee“ in die ersten Plätze des „Ausländerjagdbringens“.

Wintersport

Das Titisee-Eis 40 cm stark!

Durch die strenge Kälte im Dezember ist die Eisdecke des Titisees rasch gewachsen. Der See ist mit dem gegen Witterungseinflüsse besonders widerstandsfähigen Kerneis bedeckt. Es konnte daher auch das vorübergehend eingetretene Regenwetter dem Eis nicht schaden. Jetzt ist die Eisdecke 35—40 cm stark, so daß in dieser Hinsicht die besten Voraussetzungen für die Durchführung des großen Eisrennens am kommenden Sonntag auf dem Titisee geschaffen sind.

Kurze Sportnachrichten

Das Eishockey-Turnier der Winterkampfspiele brachte in der Vorkampfrunde am Dienstag eine große Ueberraschung. Der Altmeister Berliner Schlittschuhclub wurde nach Verlängerung von der jungen Mannschaft von Brandenburg Berlin 1:0 geschlagen. Das andere Spiel sah SC. Riechsee über den FB. Büßen etwas glücklich mit 2:0 erfolgreich.

Das „Wiener Sporttageblatt“ will aus Budapest erfahren haben, daß der dortige Profi-Klub „Hungaria“ den bekannten Hamburger Fußballspieler Noack, der bekanntlich in der deutschen Mannschaft spielte, die in Frankfurt Ungarn 3:1 schlug, für seine Elf verpflichten wolle. Ob die Nachricht zutrifft oder nicht, sei dahingestellt; immerhin ist sie ein Beweis dafür, wie die Ungarn gerade auch nach dieser Niederlage in Frankfurt Deutschlands Fußballer einschätzen.

Schwedens Teilnahme an den Weltmeisterschaften im Eishockey ist jetzt wieder in Frage gestellt, da die Skandinavier wahrscheinlich die zur Finanzierung der Reise notwendigen weiteren Gelder in der Schweiz und in Deutschland kaum werden abschließen können.

Die Ausscheidungsspiele für die Fußball-Weltmeisterschaft stehen nun endgültig fest. In den zwölf Gruppen werden die 16 Nationen ermittelt werden, die im Sommer dieses Jahres in Italien den Weltmeister ausspielen sollen.

Hochwinter im Schwarzwald

Während im Rheintal lediglich ein garstig rauher Wind, von den Schwarzwaldbergen herwehend, ahnen läßt, daß im Gebirge neuerdings der Winter seine Macht geltend macht, treffen aus den oberen Lagen des Schwarzwaldes Berichte ein, die für die obere Sportlerwelt eine einzige Verheißung bedeuten.

Es sind sowohl im Nord- wie im Südschwarzwald gewaltige Schneemassen niedergegangen, so daß in wenigen Tagen die Schneefurken rapide in die Höhe steigen. In dem als „Schneeloch“ bekannten Bergabschnitt zwischen Hornsgrinde, Mummelsee und Ruhelstein und in der Hochwaldzone der Lengen Grinde ging der

größte Schneefall des Winters

nieder. Infolgedessen hat die Schneemächtigkeit an windgeschützten Stellen in diesen von Skifahrern bevorzugten Gegenden ungefähr 70—90 Zentimeter erreicht und stellenweise trifft man schon auf 1 Meter totaler Schneehöhe. Es herrschen 4—5 Grad Kälte, so daß der Schnee von feinsten, sprühender und pulveriger Beschaffenheit ist, lust, wie man ihn zum Februaranfakt nicht besser wünschen möchte.

Auch im Badener Höhengebiet (Hundsck-Verrenwies-Sand) liegen reichlich 50 Ztm. Schnee, darunter bis 25 Ztm. Pulverschnee, ebenso hat es auf dem Ariebskamm, bei der Zuzucht, am Schliffkopf ausgiebig geschneit, so daß Wege

Bildung des Badischen Landesverkehrsverbandes

Das Staatsministerium hat unterm 27. Januar 1934 ein wichtiges Gesetz beschlossen, das in dem Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 6) verkündet wird. Es betrifft die Bildung eines Landesverkehrsverbandes mit der Eigenschaft einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zwecks Zusammenfassung aller verkehrsfördernden Stellen in Baden. Der Sitz des Verbandes ist Karlsruhe. Der Verband untersteht der gemeinsamen Aufsicht des Finanz- und Wirtschaftsministers und des Ministers des Innern.

Die Aufgaben des Landesverkehrsverbandes werden im § 2 wie folgt gekennzeichnet: Er hat:

- a) die Belange des Fremdenverkehrs des ganzen Landes ausschließlich wahrzunehmen und zu vertreten;
- b) alle verkehrsfördernden Stellen des Verkehrsgebietes einheitlich zusammenzufassen;
- c) alle Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs innerhalb des Landesgebietes zu überwachen;
- d) das Recht, über alle den Fremdenverkehr betreffenden Fragen Auskunft zu verlangen;
- e) darüber zu wachen, daß die für die Förderung des Fremdenverkehrs im Lande zur Verfügung stehenden Mittel zweckmäßig verwendet werden;
- f) die für das ganze Verkehrsgebiet oder einzelne einheitliche Verkehrsgebiete gemeinsamen Werbemaßnahmen durchzuführen.

Nach § 3 ist der Landesverkehrsverband berechtigt, Anträge und Wünsche an die Regierung zu richten. Er soll in allen den Fremdenverkehr betreffenden Fragen ausschließlich gehöret werden.

Die Organe des Landesverkehrsverbandes sind: a) der Vorsitzende, b) der Gesamtvorstand, c) der Verbandstag, d) der Geschäftsführer. Dem Verband gehören an: a) als Pflichtmitglieder die Kreise und Gemeinden, in denen Fremdenverkehrsbelange wahrzunehmen und zu vertreten sind, b) außerordentliche Mitglieder, c) Ehrenmitglieder. Unter welchen Voraussetzungen ein Kreis oder eine Gemeinde Pflichtmitglied wird, regelt die Satzung.

Die Mittel für den Aufwand des Landesverkehrsverbandes sind, soweit sie nicht durch öffentliche Zuschüsse oder durch Beiträge der außerordentlichen Mitglieder gedeckt werden, durch Beiträge der Pflichtmitglieder (Pflichtbeiträge) aufzubringen.

Der Landesverkehrsverband gibt sich eine Satzung. Sie

bedarf der Genehmigung des Finanz- und Wirtschaftsministers und des Ministers des Innern.

Bestehende überörtliche Verkehrsgemeinschaften gelten mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes als aufgelöst. Der Vorsitzende des Landesverkehrsverbandes kann an ihrer Stelle Gebietsausschüsse bilden.

Der Gemeindeaufwand für die staatliche Ordnungspolizei

Nach einem am 1. Januar 1934 in Kraft getretenen Gesetz wird für die Rechnungsjahre 1933, 1934 und 1935 der von der Gemeinde der Staatskasse zu erzielende Aufwand für die staatliche Ordnungspolizei als Pauschsumme erhoben, die dem für das Rechnungsjahr 1932 für die Gemeinden mit staatlich verwalteter Ortspolizei endgültig festgesetzten Beitrag entspricht.

Nachlässe bei vorzeitiger Rückzahlung von Wohnungsdarlehen

Karlsruhe, 31. Jan. Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Um einen Anreiz für die vorzeitige Rückzahlung von Wohnungsdarlehen zu geben, gewährt das Ministerium des Innern den Bezirkswohnungsverbänden und verbandsfreien Städten bei vorzeitiger Rückzahlung von Wohnungsdarlehen einen Nachlaß an der Schuld, der in gleicher Weise von diesen Stellen den Bauherren bewilligt werden kann, die ihre Baudarlehen — ganz oder teilweise — vorzeitig zurückzahlen. Auf diese Weise sind in der vergangenen Zeit rund 300 000 RM. vorzeitig zurückgelassen, die zu weiteren Maßnahmen auf dem Gebiete der Förderung des Wohnungsbaues und der Siedlung verwendet werden konnten. Das Nachlassungsangebot wird auch für das Kalenderjahr 1934 aufrecht erhalten; es beträgt jetzt 25 v. H., und zwar für jedes Jahr, das zwischen dem Termin der vorzeitigen Heimzahlung und dem Ende der vertragsmäßigen Laufzeit des Darlehens liegt. Entsprechendes gilt auch für die vorzeitige Heimzahlung von Arbeitsdarlehen für Beamtenwohnungen.

Die Bezirkswohnungsverbände (Bezirksämter) und die Oberbürgermeister und Bürgermeister der verbandsfreien Städte erteilen weitere Auskunft.

Letzte Nachrichten

Reichsminister Dr. Frick spricht heute abend im Rundfunk

Reichsminister Dr. Frick wird heute abend von 20.15 bis 20.45 Uhr über alle deutschen Sender zu dem am Dienstag nachmittag vom Reichstag und Reichsrat einstimmig angenommenen Gesetz über den Renaufbau des Reiches sprechen.

Südfunk

Donnerstag, den 1. Februar 1934.

6.00 Choral, Zeit, Wetter, 6.05 Gymnastik, 7.00 Zeit Nachrichten, 7.05 Wetter, 7.10 Schallplatten, 8.15 Wasserstände, Schneeporbericht, Wetter, 8.25 Gymnastik der Frau, 8.50 Landwirtschaftsfunk, 10.00 Nachrichten, 10.10 Schallplatten, 10.50 Im gleichen Schritt und Tritt, 11.25 Schallplatten und Reflekt. 11.55 Wetter, 12.00 Reitermusik, ausgeführt vom Trompeter-Korps der Reiter-Standarte 71, Köln, 1.25 Nachrichten, Wetter, 1.35 Bel canto (Schallplatten-Plauderei), 3.00 Bunte Märchen-Stunde, 3.40 Flieger-Alarm, 4.00 Nachmittags-Konzert, 5.45 Für grünen Woche; Bauernhand nächst ganze Land, 6.15 Sonate op. 58 Nr. 3 für Klavier (Weber), 6.45 Zeit, Landwirtschaft, Wetter, 7.00 Stunde der Nation, 8.00 Griff ins Heute, 8.10 Süddeutsche Volksmusik, 8.40 Fassung beim Kampfbirt, 9.20 Zum Schließen, 10.00 Zeit, Nachrichten, 10.20 Zu muß wissen ... 10.30 Nachrichten, Wetter, Sport, 10.45 Nachtmusik auf Schallplatten, 11.00 Aufgehört! Ein buntes Potpourri, 12.00 Nachtmusik.

Wetterbericht

Voraussichtliche Witterung bis Mittwoch, den 31. Januar, nachts: Vielfach dunstig und wolfig, vereinzelt auch leichter Niedererschlag (im Gebirge Schnee); bei westlichen bis nördlichen Winden Temperaturen bei Null.

Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag, den 1. Febr., nachts: Zunehmende Aufheiterung und kälter.

Handel * Volkswirtschaft

Amtliche Berliner Avisan-Kurse

	Geldkur-		Briertur-		für
	30. 1.	29. 1.	30. 1.	29. 1.	
Amsterdam	168.33	168.23	168.67	168.57	100 Gulden
Athen	2.401	2.401	2.405	2.415	100 Drachm
Brüssel	58.29	58.24	58.41	58.36	100 Belja
Bukarest	2.488	2.488	2.492	2.492	100 Ley
Canada	2.597	2.607	2.603	2.613	1 can. Dollar
Danzig	81.39	81.42	81.55	81.58	100 Gulden
Italien	22.00	21.98	22.04	22.02	100 Lire
Japan	0.779	0.779	0.781	0.771	1 Yen
Kopenhagen	58.44	58.09	58.55	58.61	100 Kronen
Lissabon	11.94	11.96	11.96	11.98	100 Escudo
London	13.08	13.11	13.11	13.14	1 Pfd., 3ter 1
New-York	2.607	2.627	2.613	2.633	1 Dollar
Paris	16.43	16.43	16.47	16.47	100 Frank
Prag	12.46	12.47	12.48	12.49	100 Krone
Schweiz	81.04	81.04	81.20	81.20	100 Franken
Sofia	3.047	3.047	3.053	3.053	100 Levant
Spanien	33.67	33.67	33.73	33.83	100 Peseten
Stockholm	67.48	67.63	67.62	67.77	100 Kronen
Wien	47.20	47.25	47.30	47.30	100 Scull

Vertrieb und Bezieherwerbung

Der Präsident der Reichspressekammer, A mann, erläßt folgende Anordnung:

Auf Grund von § 25 der 1. Verordnung zur Durchführung des Reichsstrukturkammergesetzes vom 1. November 1933 bestimmte ich folgendes:

Die Werbung von Beziehern für Zeitungen und Zeitschriften durch Werber, die damit betraut sind, nach Listen oder bezirkswise oder von Haus zu Haus Bezugsbefehlungen zu sammeln (Bezieherwerbung durch Werber) darf nur unter folgenden Bedingungen erfolgen:

1. Der Werber muß mit der Bezieherwerbung ausdrücklich von dem Verleger oder Verlag einer Zeitung oder Zeitschrift oder von einem Zeitschriften-Buchhändler betraut sein. Die Betrauung darf nur durch einen Verleger oder Verlag oder einen Zeitschriften-Buchhändler erfolgen, der Mitglied des zuständigen Fachverbandes der Reichspressekammer ist.

2. Verleger und Verlage sowie Zeitschriften-Buchhändler, die Bezieherwerbung durch Werber ausführen lassen, sind der Reichspressekammer dafür verantwortlich, daß

a) bei der Auswahl der Werber die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes angewandt wird;

b) Werber, die diese Tätigkeit neu aufnehmen, durch Unterweisung geschult und praktisch gründlich ausgebildet werden;

c) die mit der Ausbildung von Werbern betrauten Personen selbst über die entsprechenden sachlichen und charakterlichen Voraussetzungen verfügen;

d) jeder Werber im Besitze des von der Reichspressekammer vorgeschriebenen Ausweises sich befindet;

e) durch ständige sorgfältige Kontrolle der Bestellscheine

und in jeder anderen möglichen Weise die Tätigkeit und Zuverlässigkeit der Werber überwacht wird;

f) die für die Betätigung der Werber unter Ziffer 3 aufgestellten Richtlinien den Werbern in kurzen Zeitabständen nachdrücklich in Erinnerung gebracht werden.

3. Die Werber sind bei der Durchführung der Bezieherwerbung verpflichtet, folgende Richtlinien zu beachten:

a) Die Werbung soll in höflicher, taktvoller Form dem zuwerbenden Bezieher die Leistungen und Vorzüge der angebotenen Druckschrift darlegen. Der Werber hat genaues Aufschluß über Preis, Verpflichtungsdauer und Kündigungsrufen zu geben;

b) Der Werber muß alle an ihn gerichteten Fragen, die mit der Bezugsbefellung zusammenhängen, gewissenhaft und erschöpfend beantworten. Er darf keine leeren unwarne Behauptungen aufstellen oder den an ihn gestellten Fragen ausweichen;

c) Der Werber hat den vorgeschriebenen Ausweis stets bei sich zu führen und auf Verlangen vorzulegen;

d) dem Werber ist unterlagt, bei der Werbung andere Zeitungen und Zeitschriften oder im Wettbewerb stehende Unternehmen im Ansehen herabzusetzen. Es ist ihm ferner untersagt, zur Abstellung eines anderen Blattes aufzufordern oder Abbestellungen zu sammeln;

e) Dem Werber ist unterlagt, in irgendeiner Hinsicht auf den zuwerbenden Bezieher einen Zwang oder Druck auszuüben, insbesondere dürfen nicht irgendwelche Nachteile, zum Beispiel persönlicher, wirtschaftlicher, beruflicher oder sonstiger Art für den Nichtbezieher einer Zeitung oder Druckschrift angedroht werden;

f) der Werber ist verpflichtet, dem Besteller eine Druckschrift des Bestellscheines auszuhandigen.